

SCHWEIZER REVUE

Die Zeitschrift für Auslandschweizer
März 2018

**900 Biere aus dem Quartier:
Lokale Brauereien im Aufwind**

**Eine Million für die Küstenwache:
Die Schweiz unterstützt Libyen**

**70 000 Franken pro Zuzüger:
Ein Walliser Dorf macht Schlagzeilen**

96. Auslandschweizer-Kongress in Visp

Vom 10.-12. August 2018 findet der 96. Auslandschweizer-Kongress inmitten der herrlichen Walliser Bergwelt statt.

*Diskutieren Sie das Kongress-Thema auf SwissCommunity.org:
«Die Schweiz ohne Europa – Europa ohne die Schweiz».*

*Weitere Informationen finden Sie in diesem Heft auf Seite 22
und auf unserer Webseite www.aso-kongress.ch.*

10.-12. August 2018:
Reservieren Sie sich
diese Daten!



SwissCommunity.org

Die Plattform für Auslandschweizer

SwissCommunity.org ist ein soziales Netzwerk der Auslandschweizer-Organisation (ASO)

SwissCommunity-Partner:

Schweiz Tourismus.



Swiss Travel System.



SWISS CARE

cinfo

SWI swissinfo.ch

BCGE

Der Bezug zum Lokalen

- 5 Briefkasten
- 6 Schwerpunkt
Boom der regionalen Bierbrauer
- 10 Politik
Abstimmungen vom 10. Juni
Schweizer Hilfe in Libyen
Wirbel um die «Kohäsionsmillion»
- 16 Wirtschaft
Der Wasserstoff-Lastwagen von Esoro
- Nachrichten aus aller Welt
- 17 Literaturserie
Ein Schweizer im
Urwald Südostasiens
- 18 Gesellschaft
Fritz Osterwalder und
die 68er – 50 Jahre danach
Albinen sucht neue Einwohner
- 22 ASO-Informationen
- 25 news.admin.ch
- 28 Gesehen
- 30 Gelesen / Gehört
- 31 Herausgepickt / Nachrichten



Wein aus Australien, Früchte aus der Karibik, Fleisch aus Argentinien – es ist gar nicht so lange her, da galt: Von je weiter her ein Produkt kommt, desto besser. Die Welt wurde immer vernetzter, exotische ausländische Produkte zu konsumieren hatte etwas Mondänes. Und irgendwie wollte man sich die Möglichkeiten und Absurditäten der Globalisierung auch im Alltag nicht entgehen lassen.

Heute ist es umgekehrt: Je näher ein Produkt hergestellt worden ist, desto besser. Das Bewusstsein für «Herkunftsgerechtigkeit» und lokale Produkte hat sich in den vergangenen zehn Jahren nachhaltig verbessert. Dabei geht es nicht nur um den Umweltschutz. Wie sieht der ökologische Fussabdruck einer Flasche Wein aus, die um die halbe Welt geflogen ist? Es geht auch um ein Interesse an der unmittelbar wahrnehmbaren Umgebung – und letztlich vielleicht sogar um das vertiefte Interesse an der eigenen Herkunft.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass viele Schweizer Lebensmittelproduzenten auf lokale Spezialitäten umgestellt haben. Sie stehen für Regio-Käse, Regio-Brot oder Regio-Wein. Die Nachfrage nach Apfelsorten aus der eigenen Umgebung ist riesig, und wenn das Fleisch vom Metzger aus dem Nachbardsdorf stammt, ist es dem Konsumenten seinen Aufpreis wert.

Auch das Bier hat diese Entwicklung erfasst. Anstatt ausländisches oder nationales Bier zu trinken, bevorzugen die Schweizerinnen und Schweizer zunehmend kleine regionale Marken. Die Zahl der einheimischen Brauereien ist entsprechend auf über 900 angestiegen. Zwar steht dieser Boom auch im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des grossen Bier-Kartells im Jahr 1991 – wie dem Schwerpunkt dieser Ausgabe zu entnehmen ist. Es ist aber ebenso erfreulich wie frappant, wie sehr die Wertschätzung für regionale Produkte in der Schweiz auch im Bereich der Brauereien zugenommen hat.

MARKO LEHTINEN, CHEFREDAKTOR

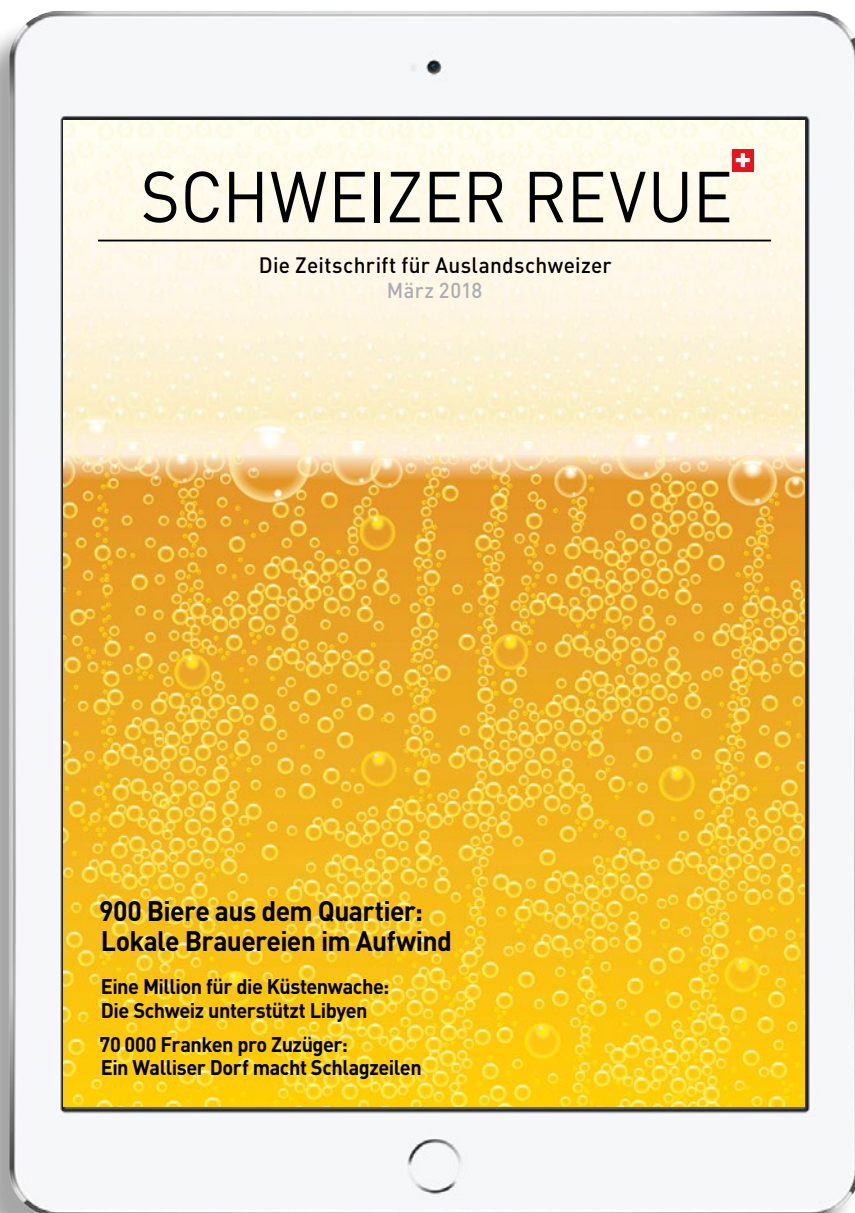
Titelbild:
Lokales Bier erfreut sich in der Schweiz zunehmender
Beliebtheit. (Darstellung iStock)

«SCHWEIZER REVUE» – MIT DREI KLICKS ZUR APP!

Holen Sie sich die «Schweizer Revue» gratis als App!

Es ist ganz einfach:

1. Öffnen Sie auf Ihrem Smartphone oder Tablet den Store.
2. Geben Sie den Suchbegriff «Schweizer Revue» ein.
3. Tippen Sie auf installieren – fertig!



Internationale Krankenversicherungen

Umfassende, weltweite Deckung u. unbeschränkte Arzt- und Spitalwahl

SIP SWISS INSURANCE PARTNERS®

Tel. +41 44 266 61 11
info@sip.ch

Kompetenz. Erfahrung. Unabhängige Beratung.

www.sip.ch

MIET-PW, MIET-Camper, MIET-4x4

Ilgauto ag, 8500 Frauenfeld
200 Autos, 40 Modelle, ab Fr. 500.-/MT inkl. 2000Km



Tel. 0041 52 7203060 / www.ilgauto.ch

Die digitale Transformation der Schweiz. Ziele des E-Government

Ein Problem ist, wenn man die Abstimmungsunterlagen per Post erst eine Woche nach dem Abstimmungstag erhält, wie mir und einigen Schweizer Kollegen hier zur Abstimmung vom 24. September 2017 passiert ist. Ich fragte via Mail in der Schweiz nach, ob sie mir den Stimmrechtsausweis elektronisch übermitteln könnten, damit ich noch rechtzeitig abstimmen könnte. Die Antwort: Dies sei von Gesetzes wegen nicht möglich. Ich weiss nicht, wer da schlampte, die Schweizer Behörden oder die thailändische Post.

KARL WICKI, THAILAND

Die Erfahrung zeigt, dass der Postweg langsamer und langsamer wird. Auch Empfänger in Südafrika können ein Lied von nicht rechtzeitig angekommenen Unterlagen für Abstimmungen und Wahlen singen. Die Schweiz hinkt hier 20 Jahre hinten nach! Meinerseits habe ich mich in meiner Kontaktgemeinde für Stimm- und Wahlangelegenheiten abgemeldet. Lieber verzichte ich auf meine Rechte, als dass ich mich vier Mal im Jahr ärgern will.

HANS BEAT SCHWEIZER, SÜDAFRIKA

No Billag und Überlebenskämpfe. Die Schweizer Medienlandschaft im Stresstest

Die Behauptung, dass Wettbewerb und Marktwirtschaft immer die bessere Lösung seien, ist eine Lüge. Wettbewerb und Marktwirtschaft begünstigen immer und überall zuerst den wirtschaftlich Starken, da sind wir dann bei Christoph Blocher und Silvio Berlusconi.

KLEMENS GRAF, DEUTSCHLAND



Der «Davoser», ein Schweizer Dauerbrenner. Zu Besuch bei einem Schlittenbauer



Ich bin jetzt 82 Jahre alt – mit zwei Jahren sass ich bereits auf einen «Davoser». Der Schlitten war die Nummer eins!

ERWIN F. SIEGLER, SCHWEIZ

Nevin Galmarini
2018 Olympiasieger
2017 Weltcupssieger
Snowboard Profi
Ehemaliger HIF Schüler

**SPITZENLEISTUNG
IN DER SCHULE
UND IM SPORT**

Das beste Angebot für die nächste Generation

Gymnasium / IB / Sekundarschule DE-EN
Sportklasse / Internat / Summer School

**INTERNATIONALES LERNINSTITUT
UND SPORTSCHULE IM ENGADIN**

Hochalpinen Institut Ftan - weitere Info: beratung@hif.ch - HIF.CH

Internationale Kranken- und Unfallversicherung

- **NEU: Übertritt ohne Gesundheitsprüfung**
(bei vorhandener Schweizer Zusatzversicherung möglich)
- Weltweit freie Arzt- und Spitalwahl
- Private Deckung, lebenslang
- Über 100 umfassende Versicherungspläne zur Auswahl

Individuelle Versicherungslösungen für Studenten,
Auslandsschweizer, Grenzgänger, Entsandte



ASN, Advisory Services Network AG
Bederstrasse 51, Postfach 1585
CH-8027 Zürich, Schweiz
info@asn.ch



Jedem Quartier sein eigenes Bier

Mit einem «Plop!» ist die Krone ab, das Bier rinnt ins Glas, Bläschen perlen hoch und bilden ein Schäumchen. Was im Bierglas landet, ist nirgends so vielfältig wie in der Schweiz: Das Land weist heute die weltweit grösste Dichte an Bierbrauereien auf. Das ist auch als Antwort auf die grosse Schweizer Bierkrise und den Niedergang vieler Traditionsmarken zu sehen.

MARC LETTAU

Punkto Bier ist der Sitz der schweizerischen Landesregierung ideal gelegen. Wer im Bundeshausrestaurant «Galerie des Alpes» tafelt, sieht nicht nur die Alpenkette, sondern hat auch einen unverbauten Blick auf das Bierbrauereiareal am Fusse des Gurten, der Heimat des urbernischen «Gurten»-Bieres. Trotz dieses Blickkontakts wird es im Bundeshaus aber nicht serviert. Durstige Parlamentarierinnen oder Bundesräte haben die Wahl zwischen anderen lokalen Bieren – aus Burgdorf und Einsiedeln. Die Zeit der Brauerei zum Gurten ist nämlich passé. Das Areal ist heute eine tolle Wohnadresse und Zuhause für innovative Unternehmen. Die 1864 gegründete Brauerei löschte zwar ein gutes Jahrhundert lang den Durst der Bundesstadt. Doch dann geriet das Unternehmen in den Sog wirtschaftlicher Umbrüche. 1970 wurde sie von der Feldschlösschen-Gruppe übernommen, der grössten schweizerischen Brauerei. Diese braut heute ein Bier namens «Gurten» an ihrem Firmensitz im aargauischen Rheinfelden.

Die Geschichte ist exemplarisch. Andernorts spielte sie sich lauter ab als im behäbigen Bern. Für Freiburg etwa war der Niedergang der 1788 entstandenen Brauerei Cardinal eine veritable Staatskrise. Als nach Jahren des Serbelns für Cardinal das Aus kam, war die damalige Freiburger Regierung «schockiert» und Regierungspräsident Beat Vonlanthen war «sehr traurig», weil etwas Eigenes, ein Symbol der eigenen Wirtschaftsgeschichte wegbreche. Cardinal lebt bloss als Name weiter – auf Flaschen aus Rheinfelden.

«The last Eichhof»

Die mit den zwei Episoden angedeutete Konzentration des Biermarktes hatte für Schweizer Begriffe vergleichslose Ausmasse. Sie ging im Wesentlichen auf den Zerfall des Schweizer Bierkartells zurück und erfasste schliesslich auch die ganz Grossen. So löschte die Feldschlösschen AG durch zahlreiche Übernahmen regionaler Brauereien zunächst ihren eigenen Durst. Doch im Jahr 2000 wurde Feldschlösschen selber einverleibt, vom dänischen Biermulti Carlsberg. Auf Einkaufstour in der Schweiz war im gleichen

Zeitraum auch der holländische Brauereikonkern Heineken. So ist etwa das Bündner Bier «Calanda Bräu» genau genommen holländisch. Teil des Heineken-Imperiums ist auch das Luzerner «Eichhof»-Bier. In Luzern zeigte sich, welche Verteidigungskriege offensichtlich überhaupt nicht taugen: Studenten der ETH Zürich lancierten damals das Computerspiel «The Last Eichhof», bei dem es galt, mit viel Ballerei eine feindliche Übernahme zu verhindern. Genützt hat es nichts. Nur das Lamento über die Globalisierung des Biermarktes wurde etwas lauter.

Heute, eine Generation später, zeigt sich ein völlig anderes Bild. Was durch Schweizer Kehlen rinnt, stammt zwar zu über 60 Prozent aus den von Carlsberg (Feldschlösschen) und Heineken (Eichhof, Calanda) kontrollierten Brauereien. Vis-à-vis der global vernetzten Multis haben sich aber Hunderte kleiner und kleinster Brauereien etabliert. Zählte die Schweiz 1991 gerade erst 31 aktive Brauereien, sind es heute über 900. Kein anderes Land weltweit weist im Verhältnis zur Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner eine grössere Dichte an Brauereien auf. All die Nischenplayer mischen den Markt mit schätzungsweise 5000 verschiedenen Bieren auf.

Vom «Öufi» zur «Sierrvoise»

Es scheint, als schäumten flächendeckend lokalpatriotische Gefühle auf. Solothurn trinkt heute vornehmlich «Öufi»-Bier und hält so die als Stadtzahl zelebrierte Zahl elf hoch («öuf» steht für «elf»). Sierre schwört dagegen auf das Bier «La Sierrvoise». Burgdorf hält sich an den Slogan «Bier braucht Heimat» der örtlichen Gasthofbrauerei – und bestätigt diesen trinkenderweise willig. Die kleine Stadt beherbergt inzwischen mit Blackwell gar eine zweite bemerkenswerte Brauerei. Die neuen Bierheimaten erweisen sich als geräumig. Aus lokalen werden mikrolokale Märkte: Jedem Quartier sein Bier.

Adrian Sulc, Wirtschaftsredaktor und langjähriger Beobachter der Entwicklung, rät, das Lokalpatriotische zu relativieren: «Die allermeisten trinken lokales Bier nicht im Sinne einer politischen Haltung, sondern vielmehr aus



Sympathie für lokale Brauer.» Prägend sei der allgemeine Trend: «Weil die Globalisierung Konsumgüter aus aller Welt in unsere Supermärkte bringt, sind wir plötzlich wieder an Lebensmitteln von hier interessiert.» Das führe aber nicht nur zu mehr «Bier von hier», sondern zu mehr Gemüse aus der Region, mehr Brot vom Quartierbäcker, mehr Käse von der einheimischen Alp. Aufs Bier bezogen sei höchstens anzufügen: «Den Boom gäbe es wohl auch, wenn das Bierkartell nicht zusammengebrochen wäre.»

Die Szene ist bunt. Sie oszilliert zwischen unpräziser Do-it-yourself-Freizeitkultur, bierseligem Klamaus und handwerklichem Traditionsbewusstsein. Beachtlich viele der Klein- und Kleinstbrauereien sind freilich experimentelle Kunsthandwerksbetriebe. Sie komponieren Getränke fernab der standardisierten Industriebiere.

Kleines Universum in der Flasche

Was treibt die neuen Schweizer Brauer an? Die *Schweizer Revue* greift die Brauerei Nr. 523 heraus, die unter dem gar kryptischen Namen 523 auf dem Markt agiert. Die erste Antwort auf die Anfrage ist an sich eine Absage: Man sei «leider eher introvertiert und daher nicht optimal für die Presse». Könnte zutreffen. Denn: Die in einer alten Feilenfabrik einquartierte Könizer Brauerei verzichtet auf jede Effekthascherei. Malz und Hopfen sind ihr wichtiger als Marketing und Merchandising, selbst die Etiketten ihrer

900 Kleinbrauer haben den Schweizer Biermarkt in wenigen Jahren erobert. Sie kreieren ihre Produkte teilweise in kleinsten Küchen – wie etwa Christophe Häni von der Berner Brauerei «Barbière».

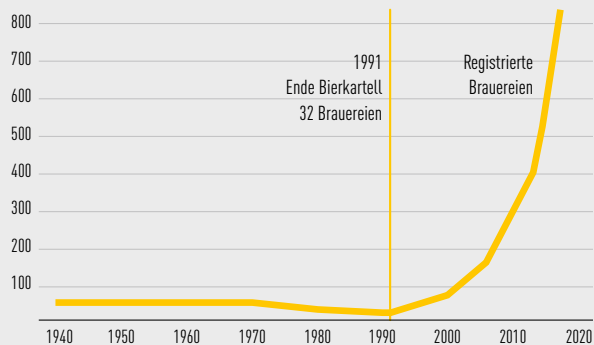
Foto Keystone

Biere sind von grösster Schlichtheit. Und obwohl Lokalmedien landauf, landab gerne jede neue Quartierbrauerei mit enormer Plauderlust abfeiern, herrscht punkto 523 auch da Funkstille. Die kleine Crew – Sebastian Imhof, Nadja Otz, Tobias Häberli und Andreas Otz – hängt ihr Tun wahrlich nicht an die grosse Glocke.

Was folgt, ist dann doch ein erhellender Einblick in ein kleines Brauereiuiversum. Auch die 523-Biere werden für einen sehr überschaubaren Markt produziert. Bloss «lokal» zu sein reiche nicht, sagt Andreas Otz. Selbstredend pröble 523 mit regional produziertem Hopfen: «Doch die Welt wäre zu eng, würden wir nur brauchen, was vor der Haustüre wächst.» Otz kennt die Formel von Bier als heimatstiftendem «Antiglobalisierungsgetränk». Wenn die Crew Bier macht, erfahre sie aber «die positiven Seiten der Globalisierung». Hörten sie von einem – lokalen – Farmer in Seattle, der mit neuen Hopfensorten experimentiere, könnten sie direkt mit ihm in Kontakt treten, bei ihm einkaufen und ein Bier brauen und bekanntmachen, «das der neuen Sorte Rechnung trägt». So stärke Globalisierung auch das Lokale.

Die 523-Brauer bedienen sich also auf einem weltumspannenden Basar der Geschmäcker, Gerüche und Sinnesreizungen und folgen «ganz kompromisslos dem Bild, das wir im Kopf haben». Wie etwa lässt sich die Geschmacksnote «von in Portwein karamellisierten Korinten» ins Bier zaubern, in dieses «kleine Universum in der Flasche»? Solche Fragestellungen zeigen, dass sich diese Brauerei

Anzahl Schweizer Brauereien, 1940–2017

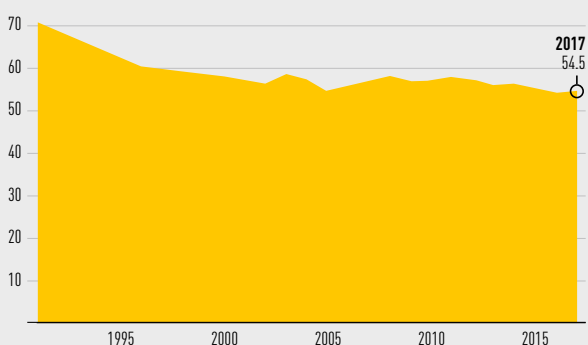


Das Ende des Bierkartells

Die Vielfalt auf dem Schweizer Biermarkt ist auf den Zusammenbruch des Schweizer Bierkartells zurückzuführen. Dieses wurde von einheimischen Brauereien 1935 gegründet: Man legte Verteilungsgebiete fest, beschränkte das Angebot auf wenige Biertypen und wehrte Importe ausländischer Biere ab. Nach dem Austritt von drei grossen Brauereien zerbrach das Kartell 1991. Das Kartell hatte auch zur Folge, dass dem Schweizer Bier die Aura des Gewöhnlichen anhaftete. Nach 1991 war der Markt deshalb offen für Neues: Ausländische Biere eroberten rasch wachsende Marktanteile und die Zahl der einheimischen Brauereien verdreissigfachte sich zwischen 1991 und heute.

Bierkonsum in der Schweiz, 1990–2017

Liter pro Kopf



Der Alkoholkonsum sinkt

Die Zahl der Brauereien steigt. Aber der Bierkonsum sinkt in der Schweiz stetig. Er lag 1990 bei rund 70 Liter pro Einwohner und Jahr. Heute sind es noch gut 54 Liter. Als Ursache für den Rückgang gilt einerseits die 2005 gesenkte Grenze der Blutalkoholwerte für das Autofahren von 0,8 auf 0,5 Promille. Zudem ist ein genereller gesellschaftlicher Wandel feststellbar: Alkohol an der Arbeitsstätte ist heute tabu, das Gesundheitsbewusstsein generell grösser. Zudem treibt der Boom der Kleinbrauereien den Konsum nicht hoch, weil sie ihre Biere als exklusive – und teure – Genussmittel verstehen. Sie kosten rasch einmal 5, 10 oder auch mal über 20 Franken pro Flasche.

Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung

nicht primär der Lebensmittelindustrie zuordnet, sondern sich als Expeditionsleiterin im Reich des Geschmacks sieht. Otz: «Uns interessiert das Vermitteln von Erlebnis. Inspiriert gemachtes Bier ist ein kulinarisches Erlebnis.» Platz für Kompromisse gebe es dabei nicht: «Wir haben schon ganze Batches weggeschüttet, weil wir nicht erreichten, was wir uns vorstellten.» Und wenns perfekt gelingt, sei das kein Grund, die Suche nach Neuem einzustellen: «Wir machen Biere für eine Saison. Dann ist es vorbei.»

Von lokal zu global

Der Rockstar der «Neuen Schweizer Biergeschichte» ist zweifellos der alles andere als introvertierte Jérôme Rebetez aus Saignelégier. Als 23-jähriger Önologe schuf er 1997 eine der ersten Kleinbrauereien, die Brasserie des Franches-Montagnes (BFM). Heute ist BFM ein Riese unter den Zwergen. Aber Rebetez braut heute kein bisschen zahmer als damals ein jurassisches Gesamtkunstwerk aus Lebenslust, Kunst, Konzertbetrieb und Bieren mit Kanten und Konturen, die nur eines nicht sein dürfen: beliebig.

BFM exportiert inzwischen ein Viertel seiner Produktion ins Ausland. Die *New York Times* adelte 2009 sein Bier namens «Abbey de Saint Bon-Chien» als das vielleicht weltbeste Bier. Damit hatte Rebetez eines seiner grossen Ziele erreicht. Angetreten war er nämlich mit dem Anspruch, «ein artisanales, untypisches, eigensinniges Bier zu kreieren, ein Bier mit einem ausgesprochen komplexen Bouquet, welches reich im Gaumen ist und sich mühelos mit den edelsten Weinen messen kann». Das in Eichenfässern gereifte «Abbey de Saint Bon-Chien» spricht diese Sprache.

Ein weiteres Produkt des aktuellen Booms: die Biere der Brauerei Nr. 523.





Der Rockstar der Schweizer Kleinbrauer: Jérôme Rebetez aus Saignelégier mit seinem BFM-Bier.

Foto Keystone

Wie urteilt Rebetez, der erfolgreiche Pionier der Anfänge, über die vielen Pioniere der Gegenwart? Er sehe eine sich sehr schnell bewegende Szene mit vielen Trägern der neuen Bierkultur: «Aber nur wenige verstehen sich auch als Unternehmer.» Er, der vor Jahren selber gegen «die grosse Langeweile» in der Branche angetreten war, übt milde Kritik: «Manches ist mir zu experimentell.» Wenn ein Bier ein Bier bleiben soll, «dann muss man schon eine ganze Flasche alleine trinken können». Er bleibt Rebell und rebelliert gegen den Innovationszwang: «Vier meiner allerersten Biere sind immer noch unsere gefragtesten. Das macht mich stolz.»

Eine tolle Zukunft räumt er jenen ein, die zu einer eigenen Handschrift fänden. Wer nicht «debil» sei, wolle nämlich eine echte Wahl. Das erfordere echte Produkte aus echten Unternehmen mit echter Geschichte. Die BFM-Leute sind zusätzlich echte Geschichtenerzähler. So ist der auf der Etikette des zelebrierten Edelbiers verewigte «Saint Bon-Chien» – der gute, heilige Hund – überhaupt kein Hund. Rebetez' verstorbene Brauereikatze hiess so. Auch das Starkbier «Alex le Rouge» ist ein biergewordener Nekrolog – auf den kommunistischen BFM-Brauereimechaniker, der auch nach der Pensionierung bis an sein Ende im Betrieb weiterwerkelt und weitertrank. Die Sprachlust treibt den Jurassier zuweilen an, den Deutschschweizern eins auszuwischen. Nach dem Entscheid, in der Vorweihnachtszeit den Deutschschweizern ein BFM-Bier anzuempfehlen,

etikettierte Rebetez die Flaschen mit den Lettern «Die Bier vom Weihnachten». Bilanz: Vier Wörter nur, zwei schreiende Fehler und ein grinsender Brauer in Saignelégier. Auch sein «Highway To Helles» ist eine Neckerei der Deutschschweiz. Dass dort Biertrinker oft «ein Helles» ordern, Bier also nach dessen Farbe bestellen, wundert ihn. Wenn jemand ein neues Auto kauft, sage er ja auch nicht «bitte ein Graues». Wer ihm den Spott nicht verzeiht, muss sich halt an die anderen 900 Brauereien des Landes halten.

Mit wilder Hefe

Zurück zum kleinen Berg vor den Toren Berns, dem Gurten. Das historische «Bier von hier» gibts wie gesagt schon lange nicht mehr. Doch neulich ging die 523-Crew den über lange Jahre gehegten Plan an, ein Bier nach originalen Rezepturen aus den 1900-Jahren zu brauen – und zwar mit lokaler Hefe, denn es sollte «Terroir verkörpern». Sie legten auf dem Gurten ein Dutzend Gefässe mit Bierwürze aus, um wilde Hefe einzufangen. Der Fang glückte. In drei der zwölf Gefässe fand sich Vielversprechendes und der Entscheid fiel, eine der wilden Hefen weiterzuziehen. Wochen der Recherche nach den alten lokalen Rezepturen folgten, neue Erkenntnisse über die früher üblichen Zutaten sind da. Was daraus werden wird, lässt 523 noch offen. Zumindest liefert in diesem Fall der Schweizer Bierboom aber eine ganz neue Lesart von «oral history».



Vollgeld – ein anspruchsvolles Volksbegehren

Nicht nur die Schweizerische Nationalbank gibt Geld heraus. Auch die Geschäftsbanken sind an der Geldschöpfung beteiligt. Eine Volksinitiative, über die am 10. Juni abgestimmt wird, will das verbieten.

JÜRIG MÜLLER

Was ist Geld? Natürlich Münzen und Banknoten. Aber es gibt noch andere Formen, etwa Buchgeld, das hauptsächlich durch Kreditgewährung der Banken entsteht. Oder ein Bankkonto. Aber das Guthaben auf dem Konto ist kein echtes Geld, es ist bloss eine Forderung des Kunden an die Bank, ihm bei Bedarf Bargeld auszusahlen. Auch Zeit ist Geld, wie wir seit Benjamin Franklins Buch «Ratschläge für junge Kaufleute» von 1748 wissen. Geld ist also fast so schwierig zu definieren wie die Zeit. Und im Moment gibt es aktuelle Gründe, sich mit dem Wesen des Geldes zu befassen. Am 10. Juni müssen die Schweizer Stimmberechtigten über die Vollgeld-Initiative befinden, die mit offiziellem Titel lautet: «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!» Damit ist schon einiges gesagt. Aber was genau ist Vollgeld?

Beispiel: Eine Geschäftsbank gewährt jemandem einen Kredit von 10 000 Franken und schreibt den Betrag auf dem Kontokorrent des Kunden gut. Damit hat die Bank sozusagen «aus dem Nichts» Geld geschaffen, Buchgeld allerdings. Dieses Buchgeld besteht heute vor allem digital und hat einen viel grösseren Umfang als das Bargeld. Münzen und Banknoten als gesetzliche Zahlungsmittel machen nur rund zehn Prozent der umlaufenden Geldmenge aus, 90 Prozent ist elektronisches Geld, «das die Banken per Knopfdruck selber schaffen», wie die Initianten auf ihrer Homepage schreiben. Die Initiative verlangt nun, dass künftig nur noch die Nationalbank digitales Geld schaffen kann, dass sie also das Monopol auch auf Buchgeld hat.

Auf Bargeld hat sie es schon. Geschäftsbanken dürfen bekanntlich keine Münzen prägen oder Noten drucken. Sie dürften zwar nach Annahme der Initiative weiterhin ihren Geschäften nachgehen und Kredite vergeben, doch müsste das alles voll durch Eigenkapital und Spareinlagen oder aber durch Darlehen der Nationalbank gedeckt sein.

Ein krisenfesteres Finanzsystem?

Nach Auffassung der Initianten würde die Einführung des Vollgeldes das gesamte Finanzsystem krisenresistenter und fairer machen: «Das Vollgeld auf Zahlungskonten ist so sicher wie Bargeld, denn es ist echtes Geld der Nationalbank. Bankenpleiten können ihm nichts anhaben. Die Spielregeln für Banken und Unternehmen sowie Gross- und Kleinbanken werden für alle wieder dieselben», wie es auf der Homepage der Initianten heisst. Und vor allem gehört das Geld «dann den Kontobesitzern und geht nicht verloren, falls eine Bank in Schieflage gerät».

Die Initianten versprechen noch mehr, nämlich einen Geldsegen: Eine erfreuliche Folge der Vollgeld-Initiative sei, dass die Nationalbank pro Jahr zusätzlich fünf bis zehn Milliarden Schweizer Franken an Bund und Kantone auszahlen könne. Und zwar aus dem Erlös der Geldschöpfung. Ausser bei der Münzherstellung wurden diese Erlösmöglichkeiten bisher nicht genutzt, aus systemischen Gründen auch nicht von den Geschäftsbanken. Mit der Vollgeldreform wird dieses bisher nicht genutzte Potenzial realisierbar, finden die Initianten. Und das Risiko von Finanzkrisen schwindet, denn die heutige Geldherstellung

durch Kreditvergabe zwingt zum Schuldenmachen: Ohne neue Schulden entsteht heute kein neues Geld. Eine hoch verschuldete Gesellschaft ist anfällig für Finanzkrisen.

Hinter der Initiative steht keine Partei und keine bekannte Organisation, sondern der Verein «Monetäre Modernisierung» mit einem Vorstand aus weitgehend unbekanntem Persönlichkeiten. Bemerkenswert ist, dass das Volksbegehren von zahlreichen, teils bekannten Ökonomen verschiedener Hochschulen, auch von der als Wirtschaftskaderschmiede bekannten Universität St. Gallen, unterstützt wird.

Politiker von links bis rechts winken ab

Auf schroffe Ablehnung stösst die Initiative dagegen in der Politik: Im Parlament lehnen ausnahmslos alle Fraktionen das Volksbegehren ab, auch wenn das Grundanliegen bei der SP und den Grünen gewisse Sympathien genießt. Eine links-grüne Minderheit präsentierte denn auch einen Gegenvorschlag, allerdings erfolglos. Dieser nahm das Motiv der Finanzstabilität auf und wollte in der Bundesverfassung festschreiben, «dass unsere grossen Banken künftig genügend Eigenmittel haben, um sich selber aus dem Schlamassel zu ziehen, wenn sie sich verspekuliert haben», wie SP-Nationalrat Beat Jans sagte. Doch auch die SP lehnte die Initiative mit dem von fast allen Rednerinnen und Rednern vorgebrachten Argument ab: Die Sache ist zu risikoreich, weil nirgends erprobt. SP-Nationalrätin und Wirtschaftsexpertin Susanne Leutenegger Oberholzer sagte: «Es gab noch nie



eine Volkswirtschaft auf der Welt, die ein Vollgeldsystem nach den Vorstellungen dieser Initiative realisiert hat. Wir haben also keinerlei konkrete Erfahrungen.»

Die grün-liberale Nationalrätin Kathrin Bertschy griff in der Debatte ein zentrales Argument der Initianten frontal an: Eine einzelne Bank könne nicht einfach «Geld aus dem Nichts schöpfen». Die Kreditschöpfung «unterliegt Restriktionen, regulatorischen Vorschriften, Liquiditätsanforderungen und Mindestreservevorschriften. Es gibt Grenzen. Die Nationalbank kann Einfluss nehmen.» Nach Auffassung des SVP-Nationalrats und Bankiers Thomas Matter will die Vollgeld-Initiative «ein Problem lösen, das gar keines ist». Man könne «ebenso gut einen Hauskeller unter Wasser setzen, um zu prüfen, ob die neu erstandene Wasserpumpe so gut funktioniert wie die bisherige». Die Initianten wollen laut Matter «das völlig intakte, weltweit anerkannte schweizerische Finanzgebäude einreissen, um nach ihren Rezepten auf den Ruinen etwas radikal Neues zu konstruieren». Das

schaffe Unsicherheit und sei Gift für die Volkswirtschaft.

Graben zwischen Verfassung und Realität schliessen

FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger betont, dass die Stabilität des Bankensystems, welche die Initiative erhöhen will, bereits mit den Too-big-to-fail-Regulierungen von 2011 verstärkt worden sei. Und ihr Parteikollege Beat Walz warnt vor der Initiative, weil mit ihr «faktisch die Geldschöpfung verstaatlicht würde». Dieses vermeintlich schlagende Argument leuchtet Peter Ulrich ganz und gar nicht ein. Ulrich ist früherer Professor für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen und wissenschaftlicher Beirat der Vollgeld-Initiative. Er schreibt in der NZZ, die Initiative schliesse «im Kern genau den Graben zwischen der verfassungsmässig intendierten Geldhoheit des Bundes und der heute völlig anderen, deutlich riskanteren Realität des Geldsystems». Denn 1891 wurde in einer Volksabstimmung das Geldschöpfungsmono-

Aktivisten des Komitees «Vollgeld-Initiative» demonstrieren mit einer Marionetten-Helvetia und einer Maske von SNB Praesident Thomas Jordan vor der 109. SNB Generalversammlung am 27. April 2017 in Bern Foto Keystone

pol des Bundes «mit Bezug auf die damals den Zahlungsverkehr dominierenden Münzen und Banknoten angenommen und 1951 wiederum per Volksabstimmung bestätigt». Dem heute dominierenden Bankengiralgeld wie auch dem virtuellen Geld auf Debit- und Kreditkarten fehle dagegen der Status des gesetzlichen Zahlungsmittels. Nationalrätin Kathrin Bertschy schlägt vor, «mit einer gewissen Demut an diese Fragen heranzugehen», denn es gehe um grundlegende Fragen zur Geldordnung, verbunden mit viel Unsicherheiten und Hypothesen, und es sei keine exakte Wissenschaft.

Und – so könnte man hinzufügen – es ist eine intellektuell anspruchsvolle Vorlage, die für einmal nicht an Vorurteile und Ressentiments appelliert, sondern ans Denkvermögen.

www.vollgeld-initiative.ch

Umstrittenes Geldspielgesetz

Am 10. Juni 2018 wird auch über das neue Geldspielgesetz abgestimmt. Bundesrat und Parlament wollen das bisherige Spielbankengesetz und das Lotterieggesetz in diesem neuen Gesetz zusammenfassen. Zu grossen Teilen werden geltende Regelungen übernommen, gleichzeitig aber auch Neuerungen eingeführt. So dürfen neu Spielbankenspiele auch online angeboten werden; doch der Zugang zu ausländischen Online-Geldspielangeboten soll von der Schweiz aus gesperrt werden. Gerechtigt wird die Sperre damit, dass Schweizer Anbieter sich an Auflagen halten müssen, etwa zur Bekämpfung der Spielsucht. Die Jungparteien von FDP, SVP und Grünliberalen haben wegen dieser Sperre das Referendum gegen das Gesetz beschlossen, die Jungen Grünen mit einem eigenen Komitee ebenfalls. Es geht ihnen um Grundsätzliches, nämlich darum, «ob wir den freien Zugang zum Internet zum Schutze einheimischer Anbieter aufs Spiel setzen wollen», wie es auf der Homepage der Jungfreisinnigen heisst. Das Gesetz erinnere an «Zustände in Nordkorea oder China». (JM)

Schweiz leistet einen Beitrag zur Rückführung von Migranten nach Libyen

Der Bund hat der libyschen Küstenwache eine Million Franken zur Verfügung gestellt. Diese Politik hat dazu beigetragen, Überfahrten zu bremsen, bedeutet nach Beklagen mehrerer NRO aber auch, dass die Erpressung von Migranten unfreiwillig unterstützt wird.

STÉPHANE HERZOG

Eine Million Schweizer Franken für die libysche Küstenwache, diese Summe hat die Schweiz 2017 im Rahmen eines europäischen Programms der Internationalen Organisation für Migration (IOM) bereitgestellt. «Bei den für die Seerettung und Migration zuständigen Behörden wurden drei Schulungsmodulare durchgeführt», berichtet Emmanuelle Jaquet von Sury, Sprecherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). «Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Registrierung von Migranten nach

der Seerettung, um ihre weitere Nachverfolgung, auch in Gefangenenlagern, zu sichern.»

Die Küstenwache hat Rettungsausrüstung mit insgesamt 2500 Teilen erhalten, darunter Rettungswesten, Erste-Hilfe-Kits und Decken, so das EJPD. Die Schweiz ist nicht vor Ort, um den Ablauf des Programms zu kontrollieren, «aber mit der Präsenz von Vertretern der IOM und des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) in den meisten Häfen westlich von Tripolis sind Unterstützung und ein gewisser Schutz bei der Aus-

schiffung sowie insbesondere bei der Registrierung und Ermittlung besonders schutzbedürftiger Fälle sichergestellt», versichert die Sprecherin. Allerdings: «Die Konfliktsituation in Libyen schränkt die Mobilität der IOM-Mitarbeiter zuweilen ein und erschwert die Projektumsetzung.»

Erpressung und Abfangen mit Todesfolge

Mehrere NRO beschuldigen die libysche Küstenwache, sich an der Erpressung der Migranten zu beteiligen. Die

Libysche Flüchtlinge werden auf hoher See gerettet. Foto Keystone



Besatzungen der Lybian Coast Guards (LCG) sollen sogar Fälle von Ertrinken provoziert haben, zumindest laut einem Ende 2017 veröffentlichten Bericht von Amnesty International. Dieser zitiert einen Vorfall vom 6. November, bei dem die Manöver einer Fregatte der Coast Guards zum Ertrinken von rund 50 Menschen geführt haben soll.

Das EJPD erklärt, dass keine offiziellen Informationen zur Bestätigung des Vorfalls vorliegen. «Die alarmierende Zahl von Havarien im Mittelmeer mit 2832 Todesfällen im Jahr 2017 verpflichtet uns jedoch, zum besseren Schutz der Migranten beizutragen. Das Projekt zur Seerettung wurde ins Leben gerufen, um dieses humanitäre Ziel zu verfolgen», so Emmanuelle Jaquet von Sury weiter. Amnesty beklagt, man spreche mit gespaltener Zunge. «Die europäischen Staaten wissen sehr genau um die schweren Menschenrechtsverstöße in Libyen und haben doch entschieden, die Migration durch die Unterstützung der libyschen Behörden einzudämmen. Indem sie die Überfahrten stoppen, halten sie Tausende Menschen in einem Land, in dem Misshandlungen an der Tagesordnung sind und wo sie nur geringe oder gar keine Chancen auf Schutz haben.»

«Die auf See Geretteten sagen uns, dass sie lieber sterben würden, als in die Haft nach Libyen zurückzukehren», berichtet Caroline Abu Sa'Da, Leiterin des Vereins SOS Méditerranée Suisse, der sich an den Rettungsoperationen der Aquarius beteiligt. Ihrer Einschätzung nach kann man der LCG nicht trauen. «Was ist schon diese Küstenwache? Eher Milizen, die Abfangaktionen auf See betreiben und die Migranten, zuweilen sogar unter Verhinderung einer NRO-Hilfsaktion, wieder inhaftieren – unter abartigen Bedingungen. Die Schweiz kann nicht ein Auge schliessen und sich damit begnügen, dass diese Einheiten Menschen aus dem Wasser holen.»

Die Schweiz als Organisator des dritten Treffens der Kontaktgruppe für das zentrale Mittelmeer im November 2017 in Bern «reicht sich ein in eine repressive europäische Politik, deren Ziel die Unterbindung des Zugangs von Migranten nach Europa ist», urteilt Vincent Chetail, Leiter des Zentrums für globale Migration am Genfer Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung. Die EU hat im vergangenen Jahr 46 Millionen Euro zur Stärkung der Kapazitäten der libyschen Behörden bereitgestellt. Sie verweist darauf, dass diese Politik im letzten Jahr zu merklich weniger Überfahrten geführt hat. Das EJPD führt an, dass dank der Strategie 14 000 Menschen aus Seenot gerettet werden konnten. «Libyen hat die Genfer Flüchtlingskonvention nicht ratifiziert und ist kein Asyl-land. Es bietet weder Sicherheit noch Schutz. Es gibt keine öffentliche Ordnung und die zugewiesenen Mittel werden abgezweigt», so der Professor für internationales Recht, der meint, Europa mache sich damit zum Komplizen der Übergriffe.

Gedrängt zu gefährlichen Überfahrten

Der Experte beklagt eine ineffiziente, risikosteigernde Politik. «Die Überfahrten ab Libyen oder Tunesien sind die leichtesten Routen. Sind diese blockiert, werden sich die Migrantenströme an andere Orte verlagern, so dass die Risiken lebensgefährlicher Überfahrten steigen.» Der Gründer des Zentrums für globale Migration ist der Ansicht, dass insgesamt ein verfälschtes Bild der Migrationsströme kursiert. «2015 stieg die Zahl der Asylantragsteller in Europa auf 1,2 Millionen, das entspricht 0,2 Prozent der EU-Bevölkerung und war ein statistischer Spitzenwert. Man kann also nicht von massiven Zuströmen sprechen. Die wahre Herausforderung besteht

darin, beim Wiederaufbau Syriens mitzuwirken und die Migrationspolitik zu überdenken, insbesondere durch Eröffnen legaler Zugangswege nach Europa.» Laut Amnesty International wählten zwischen 2015 und 2017 mehr als eine halbe Million Menschen die Mittelmeerroute, 10 000 Tote waren die Folge. Nach Angaben der IOM befinden sich in Libyen über 400 000 Exilanten, davon insgesamt rund 20 000 Migranten in Haft.

Beim dritten Treffen der Kontaktgruppe im November 2017 in Bern war neben dem UNHCR und der IOM auch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz anwesend, das Haftzentren in Libyen besucht. Seine Vertreter merkten an: «Das Bestreben einer Migrationspolitik muss auch sein, Haft als Mittel der Migrationssteuerung sowie Misshandlungen von Migranten zu reduzieren.» Die Organisation empfahl, «einen verstärkten Fokus auf den Umgang mit sterblichen Überresten sowie auf die Datenpflege von Verstorbenen zu legen und die Übermittlung von Informationen über Umstände und Ort des Verschwindens an Angehörige von Verschollenen zu erleichtern», so Sprecher Thomas Glass.

Der Winter am Mittelmeer hat die Überfahrten nicht abreißen lassen. Am 16. Januar führten die Besatzungen der Aquarius fünf Rettungsaktionen hintereinander durch und retteten 505 Menschen. Am selben Tag berechnete die italienische Küstenwache, die insgesamt elf Rettungsaktionen durch NRO und Handelsschiffe koordinierte, dass im Grossraum Libyen 1400 Personen gerettet wurden. «Es ist unmöglich, den gesamten Rettungsbereich mit den drei dort befindlichen NRO-Schiffen abzudecken», kommentierte SOS Méditerranée und rief die Staaten Europas dazu auf, eine europäische Rettungsflotte einzurichten, um den angekündigten Tod Tausender zu vermeiden.



Bundespräsidentin Doris Leuthard – hier an einer Pressekonferenz mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker – konstatiert, dass die Schweiz von der EU diskriminiert werde. Foto Keystone

Das Eintrittsgeld für den Binnenmarkt ist wieder fällig

Die Schweiz hat der EU zum zweiten Mal 1,3 Milliarden Franken für die Entwicklung ärmerer Mitgliedsländer in Aussicht gestellt. Doch Druckversuche aus Brüssel sorgen in Bern für Verstimmung.

MARKUS BROTSCHI

In den letzten zehn Jahren hat die Schweiz 1,3 Milliarden Franken an Aufbauprojekte in Osteuropa bezahlt. Dieser Kohäsionsbeitrag zur Angleichung des Entwicklungsstandes unter den EU-Mitgliedsländern war vor über zehn Jahren von der EU erstmals eingefordert worden, als Eintrittsgeld für den Binnenmarkt. Davon zahlte die Schweiz eine Milliarde Franken für die zehn EU-Länder, die 2004 Mitglied der Union wurden, vor allem osteuropäische Staaten. Später kamen nochmal 260 Millionen für Bulgarien und Rumänien sowie 40 Millionen für Kroatien dazu. Am meisten hat Polen von den bisherigen Kohäsionszahlungen profitiert. In dem osteuropäischen Land wurde fast eine halbe Milliarde Franken eingesetzt.

Mit den 1,3 Milliarden hat die Schweiz über 200 Projekte finanziert, etwa Infrastruktur zum Grenzschutz, Unterstützung beim Aufbau der Rechtspflege, Umweltbildungsprojekte oder Kläranlagen.

Die Empfängerstaaten mussten die Projekte zu 15 Prozent mitfinanzieren. Die Schweiz überwachte die Verwendung der Mittel mit eigenen Büros vor Ort.

Die Bilanz des Bundes über den Einsatz der bisherigen Gelder fällt positiv aus. Doch nun erwartet die Europäische Union, dass die Schweiz ihren Kohäsionsbeitrag für die nächsten zehn Jahre erneuert. Die entsprechende Zusage gab der Bundesrat im vergangenen November beim Besuch von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Bern ab.

Eigentlich sah diesmal alles danach aus, als würde die Aufbauhilfe an ärmere EU-Länder ohne innenpolitische Quereilen beschlossen. 2006 musste die erste Kohäsionsmilliarde noch vom Volk bewilligt werden, weil die SVP die entsprechende Gesetzesgrundlage mit dem Referendum bekämpft hatte. Diesmal liess die SVP die Referendumsfrist gegen die Erneuerung des Osthilfegesetzes ungenutzt verstreichen. Doch das bereut die SVP mittlerweile, denn auch diesmal macht sich in der Schweizer Politik Unmut breit.

Schweiz auf der grauen Liste

Allerdings liegt der Grund diesmal an den Drohgebärden Brüssels, mit denen die EU die Schweiz bei anderen Dossiers zum Einlenken bringen will. Kurz nach der bundesrätlichen Zusage wurde nämlich bekannt, dass die Union die Schweiz auf eine graue Liste mit Ländern setzte, deren Steuerregime nach Ansicht der EU nicht mit ihrem konform ist. Konkret stösst sich die EU nach wie vor an den Steuerprivilegien, die die Schweiz ausländischen Holdinggesellschaften gewährt. Weil die Unternehmenssteuerreform III in der Volksabstimmung scheiterte, ist die Umsetzung der entsprechenden Forderung in der Schweiz pendent.

Die eigentliche Bescherung kam jedoch kurz vor Weihnachten, als die EU mitteilte, dass sie der Schweizer Börse nur für ein Jahr die Anerkennung erteilt. Mit der Befristung macht Brüssel Druck auf die Schweiz, noch in der ersten Jahreshälfte ein institutionelles Rahmenabkommen zu den bilateralen Verträgen abzuschliessen. Damit sollen die Übernahme von EU-Recht und der Schlichtungsprozess in Streitfällen geregelt werden. Doch in der Schweiz fällt es den bürgerlichen Parteien, namentlich der SVP schwer, ein solches Rahmenabkommen als jenen «Freundschaftsvertrag» zu sehen, als den es Juncker bezeichnet. SVP-Überwarter Christoph Blocher vergleicht gar den Kampf gegen ein solches Abkommen als ebenso wichtige Schlacht wie jene gegen den EWR-Vertrag. 25 Jahre nach dem EWR-Nein des Volkes sei der Bundesrat daran, die Schweiz mit einem «Kolonialvertrag» der EU zu unterstellen, so Blocher. Die SVP will deshalb mit einer bereits eingereichten «Selbstbestimmungsinitiative» in der Verfassung verankern, dass schweizerisches Verfassungsrecht dem nicht zwingenden Völkerrecht vorgeht – also etwa den bilateralen Abkommen mit der EU.

Für den Bundesrat kam die einjährige Befristung der Börsenanerkennung einem Affront gleich. Es passte so gar nicht zur guten Miene, die Bundespräsidentin Doris Leuthard und Juncker beim Empfang im vergangenen November noch machten. Leuthard konstatierte wenige Wochen später, die Schweiz werde von der EU diskriminiert. Die USA, Australien und Singapur, mit denen die EU weit

weniger enge Beziehungen pflege, hätten von der EU die unbefristete Börsenäquivalenz erhalten. Auch der neue Bundespräsident Alain Berset monierte die Umgangsformen Brüssels gegenüber der Schweiz.

Ohne Börsenanerkennung droht die Schweiz einen beträchtlichen Teil des Wertpapierhandels an die Börsenplätze in der EU zu verlieren. Die bürgerlichen Parteien fordern deshalb den Bundesrat auf, die Kohäsionszahlung als Pfand einzusetzen, solange die Gleichwertigkeit der Schweizer Börse nicht unbefristet zugesichert ist.

EWR-Staaten zahlen mehr

Selbst wenn der Bundesrat der Einsicht folgt, dass die Schweiz um die Weiterführung der Kohäsionszahlungen nicht herumkommt, haben die Druckversuche der EU die Stimmungslage im Parlament verändert. Die bürgerlichen Parteien werden den neuen Kredit angesichts des Powerplays der EU nicht bedingungslos genehmigen wollen. Ob das Parlament am Schluss eine Kraftprobe mit der EU wagt, ist eine andere Frage. Denn von anderen Ländern fordert die EU einen noch höheren Kohäsionsbeitrag ein, nämlich von den EWR-Mitgliedern Norwegen, Island und Liechtenstein. Die drei EWR-Staaten bezahlten zwischen 2004 und 2009 insgesamt rund 1,8 Milliarden Euro zur Kohäsion innerhalb der EU. Für die Zeitspanne von 2014 bis 2021 wird die EU nun mit weiteren 2,8 Milliarden Euro unterstützt. Norwegen übernimmt dabei mit 97 Prozent den Hauptanteil.

Die EU wird am baldigen Abschluss eines Rahmenabkommens festhalten, weil sie bei Verträgen, die der Schweiz eine Teilnahme am Binnenmarkt ermöglichen, eine einheitliche Rechtsanwendung sicherstellen will. Der neue Aussenminister Ignazio Cassis muss in seinem ersten Amtsjahr somit vor allem Europapolitik betreiben. Dabei hat der FDP-Bundesrat vor seiner Wahl einen Reset bei den Gesprächen mit der EU in Aussicht gestellt.

Die SVP versteht darunter etwas anderes als die Parteien links von ihr. Sie wehrt sich gegen jegliche institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU. Die anderen Parteien sehen die Notwendigkeit geordneter Beziehungen zur Union und favorisieren ein Schiedsgericht, das in Streitfällen zur Rechtsauslegung zwischen der Schweiz und der EU entscheiden soll. Auch die EU signalisiert, dass sie für eine solche Lösung offen ist und so ein Ausweg aus der institutionellen Sackgasse am Ende doch möglich scheint.

Die geheime Ideenfabrik

Bei Esoro entstehen die Autos von übermorgen – und ein Wasserstoff-Lastwagen.

ANDREAS SCHWANDER

Fast alles, was Esoro in Fällanden macht, ist geheim – und das Jahrzehnte lang. Deshalb ist auch fast alles unsichtbar. Sichtbar wird die Firma nur selten, etwa wenn ein von Esoro gebauter Anhängerzug in der Region Aargau Filialen des Grossverteilers Coop mit Frischwaren beliefert. Der Lastwagen ist der erste seiner Art in der Schweiz. Er fährt mit Wasserstoff aus einem Aargauer Wasserkraftwerk. Eine Brennstoffzelle als bordeigenes Kraftwerk erzeugt kontinuierlich Strom und lädt eine Batterie. Die Energie zum Beschleunigen kommt aus der Batterie, die aber viel kleiner ist als in einem Elektroauto. Der Lastwagen fährt abgasfrei und benötigt keine langen Ladezeiten. Dies ist eine der Grundvoraussetzungen dafür, dass alternative Antriebe für Lastwagenflotten in Betracht gezogen werden. Letzten Sommer erhielt der Anhängerzug die Zulassung des Zürcher Strassenverkehrsamts.

Jahrzehntelange Tüftelei

«Wir sind dabei, wenn es anspruchsvoll, komplex und bereichsübergreifend wird», erzählt der CEO von Esoro, Diego Jaggi. Er ist schon sehr lange im Geschäft mit Utopien auf Rädern. Angefangen hat es mit der «Tour-de-Sol», dem legendären Solarmobil-Rennen durch die Schweiz in den 1980er-Jahren, ab 1990 wurde eine Firma draus. Esoro ist damit Teil der grossen, aber weitgehend unbekannt Schweizer Automobilindustrie, die mit 34 000 Mitarbeitern einen Umsatz von 16 Milliarden Franken jährlich macht. «Wir müssen uns in dieser Branche behaupten», sagt Diego Jaggi, «trotz unserer massiven Nachteile in der Schweiz.» Das sind der hohe Frankenkurs und der Zoll, beides Faktoren, welche alles verteuern und verkomplizieren. Und es sei eine Kunst, für ein neues Fahrzeug die nötigen Papiere zu erhalten. Jaggi rechnet, dass allein der administrative Aufwand für die Strassenzulassung rund 20 Prozent der Kosten für Bau und Entwicklung des Brennstoffzellen-Lastwagens verschlingt, vorausgesetzt, man hat das alles schon einmal gemacht. Sonst sind es 200 Prozent.

Um schliesslich mit der begehrten weissen Nummer fahren zu können, ist Esoro auch auf den Goodwill der Strassenverkehrsämter angewiesen. Denn der Aufwand für ein einziges Fahrzeug ist auch für sie gross. Für die Behörde wäre es deshalb viel einfacher, irgendein kleines Detail zu finden, das nicht konform ist und die Zulassung zu verwei-



gern. Im Zürcher Strassenverkehrsamt machte man sich aber diese Mühe. Die Experten lasen sich in die Thematik ein und arbeiteten konstruktiv mit.

19 Tonnen erlaubt

Der Esoro-Lastwagen ist der erste in der Schweiz, der nach den Vorgaben für abgasfreie Nutzfahrzeuge zertifiziert wurde. In der Schweiz dürfen Lastwagen 18 Tonnen schwer sein, in der EU 19 Tonnen. Die Schweiz erlaubt nun Fahrzeugen mit alternativen Antrieben ebenfalls ein Gesamtgewicht von 19 Tonnen. Für eine Serienfertigung müsste allerdings noch vieles an die Bedürfnisse der Massenproduktion angepasst werden.

Esoro ist es dabei wichtig, dass diese Einzelstücke äusserlich perfekt daherkommen. Schon bei der Präsentation eines ersten Wasserstoffautos vor vielen Jahren am Genfer Automobilsalon soll ein hoher VW-Manager Diego Jaggi gesagt haben: «Der Lack steht.» Im deutschen Autojargon heisst das so viel wie «perfekt». Der Lack steht unterdessen auch bei den Rinspeed-Prototypen, die Esoro regelmässig für den Zürcher Unternehmer Frank Rinderknecht baut. Ob schwimmend, schwebend oder tauchend, sie kommen immer aus den geheimen Hallen in Fällanden. Diese Rinspeed-Fahrzeuge mögen abwegig aussehen, viele der Ideen tauchen aber später in Serienautos wieder auf. Denn Esoro arbeitet immer an der übernächsten oder überübernächsten Automobilgeneration, in der sogenannten Vorentwicklung. Da sind Ideen und Gedanken noch frei.

Der abgasfreie Lastwagen des Schweizer Herstellers Esoro beliefert Coop-Filialen mit Frischprodukten.

Foto Keystone

ANDREAS SCHWANDER IST FREIER JOURNALIST UND CONSULTANT IN BASEL

Der asiatische Dschungel als Paradies und Hölle

Der «arme Dichter» Hamo Morgenthaler erlebte seine schönste Zeit im Urwald Südostasiens und kam im Guten wie im Bösen nie wieder davon los.

CHARLES LINSMAYER

Als eine «harmlose Sphäre mittelschweizerischer Kartoffeläcker» bezeichnete Hans «Hamo» Morgenthaler die Gegend von Burgdorf, wo er am 4. Juni 1890 zur Welt gekommen war. Früh mutterlos und unglücklich, studierte er Botanik, Zoologie und Geologie, war aber von Anfang an getrieben vom unbändigen Willen, «schön und gefährlich» zu leben. Wie der literarische Erstling «Ihr Berge» von 1916 dokumentiert, gab er dem Drang zunächst als Bergsteiger nach, trieb es aber so wild, dass ihm 1911 auf dem Tödi fast alle Finger abfroren.

1920 dann sollte er aus Protest gegen den Massentourismus seine Bergsteigerausrüstung in eine Gletscherspalte werfen. Vorher aber gab er einer anderen Sehnsucht nach: der nach dem Abenteuer im asiatischen Dschungel. «Tage im Paradies» in einer neu gefundenen «Urheimat» wurden es für ihn, als er von 1917 bis 1920 für eine Firma im malayischen Urwald nach Zinn und Gold suchte und da «das Nachtlied des Urwalds» und «all die braunen Frauenwunder» erlebte. Mit fatalen Folgen allerdings: Bis zuletzt sollte er unter einer nie ärztlich nachgewiesenen Syphilis leiden, und die Malaria, die er in die Schweiz mitbrachte, ging nahtlos in die Tuberkulose über, an der er 1928 mit 38 Jahren starb.

Sinnlich verführerisch

Zweimal hatte er zuvor sein asiatisches Sehnsuchtsland romanhaft evoziert: euphorisch und sinnlich-verführerisch 1920 in «Matahari. Stimmungsbilder aus den malayisch-siamesischen Tropen», einem Buch, das Hermann Hesse und Emmy Hennings begeisterte, skeptisch-kritisch und so, dass einem der Dschungel als Hölle erscheint, in «Gadscha Puti. Ein Minenabenteuer», das Orell Füssli zum Leidwesen des an chronischem Geldmangel leidenden Autors zurückwies und das erst 1929, nach seinem Tod, im Francke Verlag herauskam. Posthum erschien auch «In der Stadt. Die Beichte des Karl von Allmen», ein dunkel-unheimliches Buch über die Stadt als ungehemmte Hure der menschlichen Triebe und Abgründe, welcher der einsame Nachtschwärmer von Allmen in einer Art «Stadtwahnsinn» verfallen ist.

Seit der Heimkehr aus Asien fand Morgenthaler keine Bleibe und keine Ruhe mehr. Als Tuberkulosepatient lebte er in Arosa und Davos, dann wieder in Ascona, wo wie durch ein Wunder der heitere Roman «Woly, Sommer im Süden» entstand, in der Berner Heilanstalt Waldau (aus Eifersucht war er fast zum Mörder geworden), in einer psychiatrischen Klinik in Mendriso und 1927 schliesslich in Bern, wo sich die Zahnärztin Marguerite Schmid seiner annahm und sein Leben in halbwegs ruhige Bahnen zu lenken vermochte. Vom Expressionismus der Asien-Romane und dem Humor von «Woly» fand er zuletzt zur tragisch-absurden Lapidarität seiner Gedichte, deren letztes und erschütterndstes lautet: «Lieber Gott, / schlag mich tot. / Nimm von mir dies wüste Leben. / Dann werd ich Dir ein Müntschi geben.»

BIBLIOGRAFIE: Greifbar sind: «Dichtermisere. Ein Hans-Morgenthaler-Brevier», herausgegeben von Georges Ammann bei Orte, und «Hamo, der letzte fromme Europäer» und «Der kuriose Dichter Hans Morgenthaler». Briefwechsel mit Ernst Morgenthaler und Hermann Hesse, beides herausgegeben von Roger Perret, im Lenos-Verlag.



«Mir scheint jetzt, ich wusste schon, als ich den im Herbstschnee prangenden Bergen mein Lebetwohl zurief, dass meine Abreise nicht ein Scheiden und Untreuerwerden bedeutete, dass ich nicht fortging, sondern heimkehrte, in die Urheimat zurück, in eine mir zwar vollständig neue Welt, aber doch eine Welt alten Erlebens und unverdorbener Ursprünglichkeit.»

(Aus «Matahari. Stimmungsbilder aus dem malayisch-siamesischen Dschungel», Zürich, 1920, vergriffen.)

CHARLES LINSMAYER IST LITERATURWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST IN ZÜRICH

«Ich bin froh, dass aus der Revolution nichts wurde»

Vor fünfzig Jahren schien auch in der Schweiz die Zeit gekommen, um die Welt grundlegend zu verändern. Fritz Osterwalder war 1968 dabei – als Marxist, bevor er Professor für Pädagogik wurde. Was bleibt? Ein Gespräch über Irrtum und Fortschritt.

INTERVIEW: DANIEL DI FALCO

Herr Osterwalder, 50 Jahre «1968» ist in diesem Jahr ein grosses Thema. Und für Sie ist es ein Kapitel Ihrer persönlichen Biografie. Wie kommt man sich vor, wenn man der eigenen Jugend im Museum begegnet?

Man merkt, dass etwas abgeschlossen ist, an dem man selber beteiligt war. Zugleich zieht man eine Bilanz der Ereignisse.

Wie lautet sie?

Es gibt zwei Seiten. Wir hatten Anliegen: soziale Gerechtigkeit, Gleichheit der Geschlechter, Öffnung der Gesellschaft. Diesbezüglich hat es grosse Fortschritte gegeben, der Einsatz lohnte sich. Das andere war, dass wir die Gesellschaft von Grund auf revolutionieren wollten, mit Theorien aus dem 19. Jahrhundert, marxistischen,

sozialistischen, trotzkistischen und so weiter. Daraus ist nichts geworden, und das ist unser Glück.

Inwiefern «Glück»?

In der Schweiz hatten unsere Ideen keine grossen Folgen. In vielen Ländern Lateinamerikas war es anders, dort gab es marxistische Revolutionen, und die endeten teilweise schrecklich. Sie kosteten Leben, am Ende auch die der Marxisten. Insofern waren wir in Europa die Privilegierten der 68er-Bewegung.

Weil niemand für den Traum von der Revolution geradestehen musste?

Mehr noch, Leute wie ich konnten sogar Karriere im staatlichen Bildungssystem machen, vom Lehrer zum Professor.

Im selben System, das Sie doch stürzen wollten, als Marxist.

Genau. Unsere Ideen – Räte-demokratie, Planwirtschaft – waren ebenso fundamentalistisch wie rudimentär, sogar naiv. Es hätte schief enden können. Sehr schief.

Also undemokratisch?

Undemokratisch. Totalitär. Chaotisch.

1968 waren Sie erst 21 Jahre alt. Dann halfen Sie bei der Gründung der Zürcher Sektion der RML, der Revolutionären Marxistischen Liga, einer Abspaltung von der kommunistischen Partei der Arbeit.

Ja, aber das war erst 1971. 1968 war zunächst etwas anderes: eine breite, sehr gemischte Bewegung von Nonkonformisten, also von Leuten, die mit der

herrschenden gesellschaftlichen Ordnung grundsätzlich unzufrieden waren und diese Unzufriedenheit ausserhalb der traditionellen politischen Strukturen artikulierten, also auch ausserhalb der «alten Linken». Dabei ging die ganze Bewegung weit über ein bestimmtes soziales Milieu hinaus. Zu den Nonkonformisten gehörten auch Leute, die einen Aufbruch in der Literatur oder im Theater wollten. Anderen ging es um eine Öffnung des Bildungssystems. Nochmals andere waren völlig unpolitisch.

Und wie organisierte man sich damals?

Man traf sich an Demonstrationen, in Beizen und in Aktionsgruppen, die ein bestimmtes Ziel verfolgten, etwa die Solidarität mit Vietnam, die Aktivierung der Gewerkschaften oder eben die Erneuerung des Theaters. Auch die politischen Gruppierungen waren noch sehr lose. Bei uns im Thurgau hatten wir eine Runde von Studierenden, Schülerinnen und Schülern und Lehrlingen, die sich zu Diskussionen traf, auch mit Vertretern der «alten Linken».

«1968» war also mehr als eine Studentenbewegung.

Ich war Student, aber wir engagierten uns nicht nur für Studienreformen, sondern auch für die Lehrlinge oder die ausländischen Arbeiter in der Schweiz. Man kann sich das heute nicht mehr vorstellen, aber es gab damals ausserhalb Frauenfelds eine Abfalldeponie, und daneben stand ein Barackendorf, in dem die Gastarbeiter aus Italien wohnten, getrennt von

Fritz Osterwalder

Fritz Osterwalder, geboren 1947 in Frauenfeld, studierte 1968 Geschichte und deutsche Literatur in Zürich. Heute ist er vor allem für seine Forschungen über die Beziehungen zwischen pädagogischen Ideen, Religion und Staat bekannt. Einen Namen machte er sich insbesondere mit seinem kritischen Blick auf die «Heilserwartungen», die die Gesellschaft an die Schule richtet, und auf den «Kult» um Reformen der Pädagogik wie Montessori, Steiner oder Pestalozzi. 2012 wurde Osterwalder als Professor am Institut für Erziehungswissenschaft der Uni Bern pensioniert, wo er seit 2000 tätig war. Zuvor lehrte er Pädagogik in Karlsruhe und war Lehrer sowie Journalist in Zürich und Winterthur. DDF



Fritz Osterwalder, 50 Jahre danach: «Der gutbürgerliche Liberalismus war eines der Feindbilder, aber er ist das Fundament einer demokratischen Gesellschaft».

Foto Adrian Moser

ihren Familien, die nicht mit ihnen in unser Land kommen durften. So ging die Schweiz mit ihnen um. Dagegen wollten wir etwas tun.

Das Gefühl, die Welt verändern zu können, schien die Bewegung zu einen, über alle Unterschiede hinweg.

Ja, dieses Gefühl gab es: Jetzt machen wir alles neu – und besser, vor allem moralisch besser. 1968 war ja sehr moralisch. Kleine Kerne der Bewegung kamen aus der SP oder der Partei der Arbeit. Aber ein grösserer Teil stammte aus kirchlichen Kreisen. Mehr Solidarität und Gerechtigkeit für die Dritte Welt, für die Gastarbeiter, für die Frauen – das alles hatte eine starke moralische Grundlage.

Und welche Rolle spielte der Protest gegen den Vietnamkrieg?

Dieser Krieg politisierte viele, so wie die sozialistische Revolution auf Kuba, der Befreiungskampf im französisch besetzten Algerien, aber auch

die Dissidentenbewegungen im Ostblock. Diese Ereignisse führten uns den erwachenden Widerstand gegen den «Imperialismus» und die osteuropäischen Regimes vor Augen. Und wir verstanden uns als Teil dieses Widerstands.

So verstanden es auch die Vertreter der herrschenden Ordnung: Die Behörden reagierten mit Repression auf die Proteste. Ja, es gab das politische Klima des Kalten Kriegs, die Fichen und die Bespitzelung. Aber das ist nur die eine Hälfte. Die andere Hälfte war die Bereitschaft, sich mit uns und unseren Anliegen auseinanderzusetzen, selbst in den traditionellen Eliten.

Tatsächlich?

Auch an den Universitäten gab es zum Teil eine grosse Offenheit. Universitätsleitungen und viele Professoren wollten mit uns debattieren. Dasselbe erfuhr ich später als Lehrer. Ich unterrichtete an einer Zürcher Berufsschule

für Gehörlose, unser Schulleiter war Präsident einer lokalen SVP-Sektion, und trotzdem setzte er sich einmal in der Woche mit mir zusammen, um zu diskutieren.

Sie hatten doch einmal ein Berufsverbot...

Das nicht, nein. Ich wurde an einem Gymnasium in Winterthur nicht zum Hauptlehrer gewählt und verlor meinen Lehrauftrag aus politischen Gründen, doch an anderen öffentlichen Schulen durfte ich unterrichten.

Osterwalder (2.v.r.) und andere Mitglieder der Revolutionären Marxistischen Liga geben im Juni 1975 bekannt, dass sich die Partei in zwölf Kantonen an den Nationalratswahlen beteiligen wird. Foto Keystone



1968: Zeit des gesellschaftlichen Aufbruchs

1968? Historiker sprechen heute eher von den «68er-Jahren» und meinen damit, dass sich die Ereignisse – auch in der Schweiz – nicht auf ein einzelnes Jahr beschränken. Da waren die Tumulte am Rolling-Stones-Konzert im Hallenstadion in Zürich im April 1967, die Besetzung des Lehrerseminars in Locarno im März 1968, die «Globuskrawall» genannten Zürcher Strassenschlachten im Juni 1968, die grosse Frauendemo auf dem Bundesplatz («Marsch auf Bern») im März 1969 oder Harald Szeemanns provokante Ausstellung «When Attitude Becomes Form» in der Kunsthalle Bern im März/April 1969. Die 68er-Bewegung revoltierte gegen überkommene Autoritäten, und sie verlangte Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Solidarität. Zugleich wurde in den schlagzeilenträchtigen Protesten eine umfassendere Entwicklung sichtbar: Sie waren der Höhepunkt eines gesellschaftlichen Aufbruchs, der schon um 1965 eingesetzt hatte und ein gutes Jahrzehnt dauerte. Er zeigte sich in der wachsenden Quote der Scheidungen, der Hochschulabschlüsse oder der Frauenerwerbsarbeit. Zudem schufen auch der Wohlstand, die Jugendkultur und die Massenmedien eine Dynamik, die zunehmend mit jenen konservativen Werten kollidierte, die das Klima in der Schweiz der Nachkriegsära prägten. So war eine gesellschaftliche Modernisierung in Gang gekommen. Sie brach sich in den Protesten der 68er Bahn und mündete schliesslich in politische Reformen, aber auch in eine breite Liberalisierung sozialer Normen: Vom Konkubinat über den Kulturkonsum bis zur Frisur, vervielfältigten sich die akzeptierten Lebensformen. So nahm viel von dem, was heute selbstverständlich ist, in jenen «68er-Jahren» seinen Anfang. DDF



Der «Globuskrawall» im Sommer 1968 in Zürich endete in Strassenschlachten. Foto Keystone

1979 erklärten Sie in einem Buch den «Weg zum Sozialismus in der Schweiz»: Es geht darum, «den Kapitalismus zu stürzen, die Verfügungsmacht der Kapitalistenklasse über die grosse Mehrheit der Bevölkerung zu brechen».

So haben wir es damals formuliert. Wir wollten die bürgerliche Gesellschaft abschaffen, den Privatbesitz an Produktionsmitteln, wir wollten eine Gesellschaft von Gleichen, sozial und nicht nur rechtlich Gleichen.

Linke wie Sie hätten die kritische Aufarbeitung ihrer Vergangenheit versäumt, kritisierte die Weltwoche in einem Artikel anlässlich des letzten Jubiläums von «1968» vor zehn Jahren.

Wie gesagt: Ich bin froh, dass aus jener Revolution nichts wurde. Zugleich bin ich froh, dass viele unserer Anliegen verwirklicht wurden. So gibt es heute mehr Gleichheit zwischen den Geschlechtern, die Situation der ausländischen Arbeiter in der Schweiz ist besser, die Altersvorsorge wurde für alle sichergestellt.

Und der Kapitalismus?

Manche unserer Ideen sind heute noch aktuell. Denken Sie an das Gewicht des global operierenden Bankkapitals, das die westliche Welt 2008 in die Krise stürzte. Für unsere Gesellschaft wäre es auch noch heute eine interessante Perspektive, diese Macht demokratisch zu kontrollieren.

Sie waren Pädagoge und Professor für Pädagogik: Was bewirkte das Jahr 1968 in der Schule?

Vor allem wurde das Bildungssystem geöffnet. Wir hatten 36 Schüler in unserer Klasse am Gymnasium in Frauenfeld – nur fünf davon waren Mädchen. Heute gibt es mehr Mädchen und Kinder aus unteren sozialen Schichten an höheren Schulen. Ausserdem sind die Prügelstrafen verschwunden, aber die Autorität zum Glück nicht ebenfalls.

Sind Sie heute ein Liberaler?

So würde ich es nennen, ja: sozial liberal. Der gutbürgerliche Liberalismus war eines der Feindbilder von «1968», aber er ist das Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Im heutigen Russland sieht man das: Eine Demokratie wird autoritär, wenn der Liberalismus fehlt.

Die 68er wurden in der Wohlstands- und Wachstumsgesellschaft der Nachkriegsära gross. Dieser Gesellschaft und ihren Werten erklärten sie dann den Kampf. Ist das nicht paradox?

Nein, fast noch eher ist es logisch. Wer sich um seine Existenz sorgen muss, verbringt seine Zeit ja nicht primär damit, alternativen Weltentwürfen nachzurennen, so wie wir damals. Und umgekehrt – wer sein Bierli trinken und sein Filet essen darf, kann trotzdem noch nachdenken. Zum Beispiel darüber, dass es denselben Wohlstand in der Dritten Welt nicht gibt. Gerade ein solcher Zwiespalt könnte einen hellhörig machen für Fragen gesellschaftlicher Gerechtigkeit.

Ihre RML nannte sich ab 1980 Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Sie gewann einzelne Sitze in Kantonen und Gemeinden, zudem lancierte sie eine eidgenössische Initiative für eine gesicherte Berufsbildung, die 1986 klar verworfen wurde. 1987 wurde die SAP stillgelegt, viele Mitglieder schlossen sich den Grünen oder der SP an.

Ja, ich war bis zum Schluss dabei, trat danach aber nirgends mehr ein, weil mich meine wissenschaftliche Arbeit stärker interessierte. Vielen unserer Anliegen fühle ich mich dennoch nach wie vor verpflichtet.

Welchen?

Der Demokratisierung, gerade in wirtschaftlichen Belangen, der Gleichberechtigung der Frauen – oder der sozialen Sicherheit.

DANIEL DI FALCO IST HISTORIKER UND JOURNALIST BEI DER ZEITUNG DER BUND

Wie ein Bergdorf zur weltweiten Schlagzeile wurde

Mit einem monetären Zückerchen kämpft Albinen gegen die Abwanderung. Das sorgte weltweit für einen Hype, der die Gemeinde völlig überrumpelte. Ein Besuch im bedrängten Walliser Bergdorf.

JONAS SCHMID

Endlich kann er Frust ablassen: «Ihr spinnt doch alle», tadelt Beat Jost die aufmarschierten Journalisten. Der Albiner Gemeindepräsident zupft sich am Schnauz, murmelt etwas von einer «absurden Geschichte» und stampft davon. Was bringt den Mann, den Einwohner als zupackend und charismatisch charakterisieren, so auf die Palme? Es ist die geplante Wohnbauförderung in seinem Dorf, die überraschend einen weltweiten Hype ausgelöst hat. Kurz vor der Gemeindeversammlung fürchtet der oberste Albiner, seine Bürger könnten ihm in dieser Angelegenheit die Gefolgschaft verweigern – aus Angst, von Fremden überrollt zu werden. Die Gegner hätten sich keine bessere Kampagne ausdenken können, schimpft er, und unterschlägt zugleich, dass der Gemeinde ein erstklassiger PR-Coup gelungen ist.

Doch der Reihe nach. Albinen, 1300 Meter über Meer gelegen, Prototyp eines Walliser Dorfs, punktet mit Ruhe und einer tollen Aussicht. Doch die Idylle trägt. Während die Zentren in der Schweiz über vollgestopfte Züge klagen, kämpfen Randgebiete wie Albinen verzweifelt gegen die



Die Idylle trägt: Wie viele Schweizer Gemeinden in Randgebieten leidet auch das Walliser Dorf Albinen unter der Abwanderung seiner Einwohner.

Abwanderung. Um die Jungen im Dorf zu halten oder neue Familien anzulocken, lancierte die Gemeinde deshalb eine unkonventionelle Idee: ein Schmerzensgeld von 70 000 Franken für eine vierköpfige Familie, die länger im Dorf wohnt. Das Geld ist an strenge Auflagen gebunden: zehn Jahre Aufenthalt, ein Investment von mindestens 200 000 Franken in eine Unterkunft, Ausländer benötigen mindestens die Niederlassungsbewilligung C.

Es kam, wie es im Zeitalter des Onlinejournalismus kommen musste: Nachdem im vergangenen Sommer einzelne Medien sachlich über die Initiative berichteten, bot das Thema der Plattform *20 Minuten* Wochen später Stoff für eine (zu) schöne Weihnachtsgeschichte: «Würden Sie für 70 000 Franken hierhin ziehen?», titelte das Blatt. Die strengen Auflagen der Gemeinde vermerkten die Autoren nur am Rande. In der Folge verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer rund um den Globus. Plattformen aus aller Welt nahmen die Meldung auf. Den Anfang machten die britischen Boulevardzeitungen, dann folgten Medien aus Russland, Indien und China. Sie überboten sich mit Schlagzeilen wie: «Dieses Schweizer Dorf schenkt dir 70 000 Franken, wenn du dorthin ziehst. Pack deine Sachen!»

Mit Koffern im Dorfladen

Das Echo kam postwendend: Tausende Anfragen prasselten auf die Verantwortlichen nieder. Diese nahmen es anfangs noch mit Humor. Doch das Lachen verging ihnen spätestens dann, als Italiener mit vollgepackten Koffern im Dorfladen auftauchten und sich nach dem Geld erkundigten. Jost, dem ehemaligen Gewerkschafter und Journalisten, wuchs die Sache über den Kopf. Er tauchte ab und wollte gar die Journalisten von der entscheidenden Versammlung aussperren. Mit dem Verweis auf das Öffentlichkeitsprinzip piff ihn der Kanton aber zurück. So kam es Anfang Dezember zum Showdown im Feuerwehrdepot.

Die Albiner folgten ihrem Präsidenten und sagten deutlich Ja zum Vorschlag, der im Vorfeld für so viel Furore gesorgt hatte. Die Jungen frohlockten, Jost strich sich übers Haar und trat auf einmal bereitwillig vor die Kameras. Er war mit sich, den Journalisten und der Welt wieder im Reinen.

Doch die jungen Dorfbewohner stehen weiterhin am Scheideweg. Bleiben oder gehen? Dorthin, wo es Arbeit hat, Schulen und Supermärkte? Drei junge Familien sind vor Kurzem weggezogen. Zurück bleiben die Alten. Im nächsten Jahr bezieht schon die Hälfte der 240 Seelen im Dorf eine Rente. «Wir liegen auf dem Sterbebett», warnt Jost. Mit der Wohnbauförderung erhofft er sich immerhin eine Frischzellenkur von fünf bis zehn neuen Familien. Im besten Fall würde das heissen, dass die Schule wieder aufgeht.

JONAS SCHMID IST REDAKTOR BEI DER ZEITUNG SÜDOSTSCHWEIZ.

ASO-Jugenddienst

Interessierst du dich für die Schweizer Politik und Europa und möchtest gleichzeitig ein tolles Freizeitprogramm in deiner Heimat erleben?

Dann ist unser Politik- und Kultur-Camp genau das Richtige für dich.



In unserem Politik- und Kulturcamp erlebst du die Schweizer Politik hautnah – einfach, kurz und neutral erklärt. Du triffst dich mit Jungpolitikern und bereits erfahrenen Politikern aus verschiedenen Parteien und in verschiedenen politischen Positionen. Natürlich dürfen dabei Besuche im Bundeshaus und im Walliser Parlament nicht fehlen. Zum Abschluss des politischen Programms werden wir den Auslandschweizer-Kongress im Kultur- und Kongresszentrum La Poste in Visp besuchen. Das diesjährige Thema behandelt die Beziehung der Schweiz zu Europa und umgekehrt.

Natürlich geht es in diesem Lager nicht nur um die Politik, sondern auch um deine Heimat. Und die hat viel zu bieten. Herrliche Berglandschaft, tolle historische Städte und viel Kultur. Das darf bei einem abwechslungsreichen zweiwöchigen Programm nicht fehlen. Ob Bergwanderungen, Klettern, Schlauchbootfahren, Mountain-Biking, Schwimmen, Städtebesichtigungen und Museumsbesuche. Es wird auf jeden Fall eine unvergessliche Zeit.

Das Camp kostet CHF 750 (inkl. Programm, Übernachtung, Verpflegung, Ausflüge und Reisen), dauert vom 28. Juli bis 12. August und richtet sich an junge Auslandschweizer zwischen 15 und 21 Jahren. Konnten wir dich überzeugen, dann melde dich jetzt an!

Informationen zu den Jugendangeboten und Anmeldung:

www.swisscommunity.org oder www.aso.ch.

96. Auslandschweizer-Kongress in Visp/VS

Vom 10. bis 12. August 2018 wird der 96. Auslandschweizer-Kongress in Visp inmitten der herrlichen Walliser Bergwelt stattfinden.

Mit dem bevorstehenden Kongress zum Thema «Die Schweiz ohne Europa – Europa ohne die Schweiz» wird aufgezeigt, dass die Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa eine Thematik ist, welche grösstenteils über die europäische Frage hinausgeht. Sie besitzt eine globale Dimension, nicht nur aufgrund der sich für die Schweiz daraus ergebenden Konsequenzen, sondern auch aufgrund der innen- und aussenpolitischen oder auch der wirtschaftlichen Auswirkungen.

Einer der Höhepunkte des Kongresses wird eine Ansprache des Staatssekretärs Roberto Balzaretta sein, welcher am 1. Februar 2018 vom Bundesrat zum Direktor der Direktion für europäische Angelegenheiten (DEA) ernannt wurde.

Während den Kongresstagen haben die Teilnehmer zudem die Gelegenheit, Landsleute aus aller Welt zu treffen, sich über Aktuelles in der Schweiz zu informieren und über ihre eigenen Erfahrungen zu sprechen. Spannende Reden von interessanten Persönlichkeiten aus der Schweizer Wirtschaft und Politik, sowie ein vielfältiges Rahmenprogramm mit Walliser Folklore und lebendigen Traditionen runden das Programm des 96. Auslandschweizer-Kongresses ab.

Weitere Informationen zur Anmeldung finden Sie auf unserer Webseite www.aso-kongress.ch.

Auslandschweizer-Organisation (ASO)

Alpenstrasse 26
CH-3006 Bern
Tel. +41 31 356 61 00
Fax +41 31 356 61 01
info@aso.ch
www.aso.ch
www.revue.ch
www.swisscommunity.org



Unsere Partner:

educationsuisse
Tel. +41 31 356 61 04
Fax +41 31 356 61 01
info@educationsuisse.ch
www.educationsuisse.ch



Stiftung für junge Auslandschweizer
Tel. +41 31 356 61 16
Fax +41 31 356 61 01
info@sjas
www.sjas.ch



Stiftung für junge Auslandschweizer
Fondazione per i giovani svizzeri all'estero
Fundazioni per i giovani svizzeri a l'estero

SJAS: Sommerlager für Kinder von 8 bis 14 Jahren

Von Ende Juni bis Ende August können Auslandschweizer Kinder in zweiwöchigen Sommerlagern zusammen mit 36 bis 42 anderen Kindern aus der ganzen Welt eine tolle Zeit verbringen und gleichzeitig die Schweiz und ihre Kultur kennenlernen.



In den Lagern der Stiftung für junge Auslandschweizer werden Sehenswürdigkeiten besichtigt, auf kleinen Wanderungen Seen, Berge, Flüsse, Landschaften entdeckt und auch Städte besucht. Es wird auch Tage geben, an denen wir beim Lagerhaus bleiben. Dann stehen Spiel und Sport und verschiedene Workshops im Vordergrund.

Natürlich werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch Gelegenheit haben, viel Wissenswertes über die Schweiz zu erfahren. Wir werden uns beispielsweise mit den Schweizer Sprachen, mit Schweizer Liedern, Schweizer Kochrezepten sowie typischen Schweizer Spielen und Sportarten beschäftigen.

Das Zusammensein mit Teilnehmenden aus anderen Ländern und der Austausch über Sprach-, Kultur- und Landesgrenzen hinweg ist

eine einmalige Gelegenheit, um neue Freundschaften zu knüpfen und Unvergessliches zu erleben!

Es hat noch ein Paar freie Plätze für unsere nächsten Ferienlager. Die genauen Angaben dazu sowie das Anmeldeformular finden Sie unter www.sjas.ch/de/ferienlager/ Auf Anfrage stellen wir Ihnen unsere Informationsbroschüre mit der Angebotsübersicht gerne auch per Post zu.

Die Stiftung für junge Auslandschweizer möchte allen Auslandschweizer Kindern wenigstens einmal die Chance geben, die Schweiz auf diese Art und Weise kennenzulernen. Deshalb werden in berechtigten Fällen Beitragsreduktionen gewährt. Das entsprechende Formular kann auf dem Anmeldeformular bestellt werden. Wir erteilen Ihnen gerne weitere Auskünfte.

ASO-Ratgeber

Krankenversicherung:
Ihre Erfahrungen interessieren uns!

Die Auslandschweizer-Organisation (ASO) möchte das Problem Krankenversicherung der Auslandschweizer genauer unter die Lupe nehmen. Wir würden gerne erfahren, welche Schwierigkeiten in diesem Bereich bestehen und vor welchen praktischen Problemen Sie als Auslandschweizer stehen. Auch wenn Sie gute Erfahrungen gemacht haben oder bewährte Tipps weiterzugeben haben, können Sie uns diese gerne mitteilen.

Ziel ist es, das Thema auf der Sitzung des Auslandschweizer Rates am 10. August 2018 in Visp besprechen zu können, um Möglichkeiten einer Verbesserung der diesbezüglichen Situation der Auslandschweizer zu prüfen.

Bitte senden Sie uns Ihre Erfahrungen und Berichte, wenn möglich per E-Mail, an folgende Adresse: info@aso.ch, oder an: Auslandschweizer-Organisation, Alpenstrasse 26, 3006 Bern. Fax: 031 356 61 01.

Vielen Dank im Voraus
für Ihre Mithilfe!

IMPRESSUM:
«Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, erscheint im 44. Jahrgang in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache in 14 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 425 000 Exemplaren (davon Online-Versand:

218 287). Regionalnachrichten erscheinen viermal im Jahr. Die Auftragnehmer von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.
REDAKTION: Marko Lehtinen (LEH), Chefredaktor; Marc Lettau (MUL);

Stéphane Herzog (SH); Jürg Müller (JM); Simone Flubacher (SF), Auslandschweizerbeziehungen EDA, 3003 Bern, verantwortlich für «news.admin.ch». ÜBERSETZUNG: CLS Communication AG GESTALTUNG: Joseph Haas, Zürich POSTADRESSE: Herausgeber/Sitz der Redaktion/Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation,

Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz. Tel. +41 31 356 61 10, Fax +41 31 356 61 01, PC 30-6768-9, e-mail: revue@aso.ch DRUCK & PRODUKTION: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen.

Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer

erhalten das Magazin gratis. Nichtauslandschweizer können das Magazin für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.-/Ausland: CHF 50.-). Abonnenten wird das Magazin manuell aus Bern zugestellt. www.revue.ch

REDAKTIONSSCHLUSS dieser Ausgabe: 29.1.2018

ADRESSÄNDERUNG: Bitte teilen Sie Ihre neue Adresse Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit.



AUSLANDSCHWEIZER AUF INSTAGRAM



«Die Schweiz ist für mich ein Palast im Herzen Europas»

Die 25-jährige Eva Witschi will sich «in der grossen, weiten Welt austoben», bevor sie später einmal in die Schweiz zurückkehren und hier Kinder grossziehen möchte. Dies tut sie gegenwärtig in London.

«In der Schweiz fühlte ich mich in einer Sackgasse. Beruflich wollte es einfach nicht weitergehen. London hingegen bietet mir die Chance, mit führenden internationalen Werbeagenturen zusammenzuarbeiten. Eine Möglichkeit, die ich in der Schweiz nie gehabt hätte. Erstaunlicherweise ist die Arbeitswoche mit 40 Stunden kürzer als in der Schweiz. Dafür sind die Überstunden nicht entschädigt. Das stört mich jedoch nicht, denn die Erfahrungen, die ich hier sammeln kann, sind unbezahlbar.

London vereint quasi die ganze Welt. Wenn man weiss, wo und wie suchen, dann kann man fast alles machen, worauf man Lust hat. Nicht weit von hier gibt es sogar einen Bauernhof! Mitten in der Millionen-Metropole! Wo man sogar Tiere streicheln kann! Am Wochenende können wir Museen, kulturelle Anlässe oder Feste besuchen, die es in der Schweiz nicht gibt. Umgekehrt ist das Leben in der Schweiz viel sicherer. Das kommt wohl daher, weil sie beschaulicher, homogener und überschaubarer ist.

Die Schweiz ist ein Palast im Herzen Europas. Ich glaube nicht, dass das die Leute in der Schweiz realisieren. Wenn man etwas Distanz erhält, wird einem bewusst, wie kostbar es ist, so behütet aufgewachsen zu sein; wie wenig man für die Uni bezahlen muss und wie kurz die Velofahrten und Gehstrecken sind.

Die Schweiz ist meine Heimat, ein Safe Haven, in den ich sehr wahrscheinlich in ein paar Jahren zurückkehren werde, weil ich will, dass auch meine Kinder in einem Palast aufwachsen können.»

Dieses Interview ist auf swissinfo.ch, dem zehnsprachigen Online-SERVICE der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR), erschienen. Leben Sie auch im Ausland? Markieren Sie auf Instagram Ihre Bilder mit [#WeAreSwissAbroad](https://www.instagram.com/hashtag/weareswissabroad).

ASO-Jugenddienst & educationsuisse:

Starthilfe für eine Ausbildung in der Schweiz

Der ASO-Jugenddienst und educationsuisse unterstützen mit dem Programm «Sprungbrett» gemeinsam junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bei der Planung und dem Start ihrer Erstausbildung in der Schweiz.

Die Beratung und das Vorgehen werden für jeden Teilnehmenden individuell organisiert. Melden können sich junge Menschen, die sich bereits um einen Studienplatz (Fachhochschule oder Universität) oder eine Lehrstelle beworben haben, wie auch diejenigen, die sich noch nicht für einen bestimmten Ausbildungsgang entschieden haben. Die Mitarbeiterinnen von educationsuisse stehen für alle Fragen zu Ausbildung, Planung, Finanzierung etcetera via E-Mail, telefonisch oder vor Ort in Bern zur Verfügung. Sie beraten die Teilnehmenden bei der Umsetzung ihrer Pläne und unterstützen sie bestmöglichst.

Wohnen bei einer Gastfamilie

Sobald die definitive Aufnahme der Ausbildungsstätte vorliegt, klärt der ASO-Jugenddienst ab, ob in der Nähe ein Platz in einer Gastfamilie zur Verfügung steht. Aktuell sind Gastfamilienplätze nur in der Deutschschweiz verfügbar. Die Teilnehmenden werden kurz vor Ausbildungsbeginn in die Schweiz reisen und können bis zu sechs Monate bei der Gastfamilie wohnen. Die Gastgeber bieten den jungen Menschen ein Zimmer sowie Verpflegung und unterstützen sie nach Möglichkeit beim Antritt der Ausbildung. Ein regelmässiger Austausch mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des ASO-Jugenddienstes und educationsuisse hilft eventuelle Probleme zu lösen. Zu beachten gilt, dass die Bewerber und Bewerberinnen bei Beginn der Ausbildung 18 Jahre alt sein müssen.

Kosten und Finanzierung der Ausbildung

Der Unkostenbeitrag für die Planung und die Organisation der Gastfamilie beträgt einmalig CHF 500. Für Kost und Logis bei der Gastfamilie sind monatlich CHF 500 zu bezahlen. Für Teilnehmende, deren Eltern die Ausbildungskosten nicht vollständig finanzieren können, besteht die Möglichkeit von Stipendien.

Anmeldung und Kontakt

Das Programm «Sprungbrett» läuft noch für die Ausbildungsjahre 2018/19 und 2019/2020. Informationen und Bewerbung bei info@educationsuisse.ch.



Bundesratsfoto 2018

Der Gesamtbundesrat 2018 (von links nach rechts): Bundesrat Guy Parmelin, Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Bundesrat Ueli Maurer (Vizepräsident), Bundespräsident Alain Berset, Bundesrätin Doris Leuthard, Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann, Bundesrat Ignazio Cassis, Bundeskanzler Walter Thurnherr.

Die Bundeskanzlei hat das offizielle Bundesratsfoto 2018 publiziert. Es ist erstmals als animiertes Bild für Online-Medien gestaltet. «BUNDESART – Das kunstvolle Bundesratsfoto» heisst das Konzept, für das sich Bundespräsident Alain Berset entschieden hat. Konzept und Foto stammen von STEMUTZ. Das Hintergrundbild hat Michel FR gezeichnet.

Das Foto: www.admin.ch > Bundesrat > Mitglieder des Bundesrates > Bilder und Reden

Hinweise

Melden Sie Ihrer schweizerischen Vertretung Ihre E-Mail-Adresse(n) und Mobiltelefon-Nummer(n) und/oder deren Änderungen und registrieren Sie sich im Online-Schalter (Link auf der Homepage des EDA www.eda.admin.ch) oder via www.swissabroad.ch, um die gewünschte Zustellung der «Schweizer Revue» und weiterer Publikationen zu wählen. Bei Problemen mit der Anmeldung kontaktieren Sie bitte Ihre Vertretung. Die aktuelle Ausgabe der «Schweizer Revue» sowie die früheren Nummern können Sie jederzeit über www.revue.ch lesen und/oder ausdrucken. Die «Schweizer Revue» (bzw. die «Gazzetta Svizzera» in Italien) wird kostenlos als Druckausgabe oder elektronisch (via E-Mail) allen Auslandschweizer-Haushalten zugestellt, und als iOS-/Android-App zur Verfügung gestellt.



Bild Copyright: Babu Indergand

Neues Bürgerrechtsgesetz seit 1. 1. 2018

Ausländerinnen und Ausländer, die sich aufgrund ihres familiären Umfelds auch im Ausland eng mit der Schweiz verbunden fühlen, können sich mit dem neuen Gesetz ebenfalls erleichtert einbürgern lassen.



Foto Keystone

Ausländische Ehepartnerinnen und Ehepartner können, wie bisher auch, bei Wohnsitz im Ausland ein Gesuch um erleichterte Einbürgerung stellen. Ehemalige Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die aus verschiedenen Gründen ihr Bürgerrecht verloren haben, können unter Umständen wiedereingebürgert werden. Antworten auf die wichtigsten Fragen zu den Neuerungen im Bürgerrechtsgesetz sowie zur Beantragung der erleichterten Einbürgerung sind nachstehend zusammengefasst.

Mein Ehegatte ist Schweizer Bürger, und wir wohnen im Ausland. Kann ich ein Gesuch um erleichterte Einbürgerung stellen?

Als Ehegatte einer Schweizer Bürgerin

bzw. als Ehegattin eines Schweizer Bürgers können Sie ein Gesuch um erleichterte Einbürgerung stellen, wenn Sie seit sechs Jahren in tatsächlicher und stabiler ehelicher Gemeinschaft leben und mit der Schweiz eng verbunden sind. Der Schweizer Ehegatte bzw. die Ehegattin muss das Schweizer Bürgerrecht im Zeitpunkt der Eheschliessung besitzen oder es danach durch eine Wiedereinbürgerung oder durch eine erleichterte Einbürgerung aufgrund der Abstammung von einem schweizerischen Elternteil erworben haben.

Was bedeutet das Kriterium der engen Verbundenheit mit der Schweiz?

Die enge Verbundenheit mit der Schweiz setzt voraus, dass

- Sie sich innert der letzten sechs Jahre mindestens dreimal für je mindestens fünf Tage in der Schweiz aufgehalten haben;
- Sie sich im Alltag mündlich in einer Landessprache verständigen können;
- Sie Grundkenntnisse über die Schweiz (Geografie, Geschichte, Politik, Gesellschaft) haben;
- Sie Kontakte zu Schweizerinnen und Schweizern pflegen;
- Sie Referenzpersonen mit Wohnsitz in der Schweiz nennen können, die Ihre Aufenthalte und Ihre Kontakte bestätigen.

Welche weiteren Voraussetzungen muss ich erfüllen?

Die erleichterte Einbürgerung setzt im Weiteren voraus, dass Sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung beachten, die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden, die Werte der Bundesverfassung respektieren, am Wirtschaftsleben teilnehmen oder sich in Aus- oder Weiterbildung befinden und die Integration ihrer Familienmitglieder fördern und unterstützen.

Ich bin unter 25 und als Schweizerin bzw. als Schweizer im Ausland geboren und noch nicht bei der Botschaft angemeldet. Kann ich das Schweizer Bürgerrecht verlieren?

Ja, das im Ausland geborene Kind eines schweizerischen Elternteils, das noch eine andere Staatsangehörigkeit besitzt, verliert das Schweizer Bürgerrecht mit der Vollendung des 25. Altersjahres, wenn es bis dahin nicht bei einer Schweizer Behörde im Ausland (Botschaft, Konsulat) bzw. in der Schweiz (Zivilstandsamt) gemeldet wurde, sich selber angemeldet oder seinen Willen zur Beibehaltung der Schweizer Staatsangehörigkeit nicht schriftlich bekundet hat. Wer bis am 31. Dezember 2017 seinen 22. Geburtstag gefeiert hat und noch nicht bei einer Schweizer Behörde gemeldet wurde, hat das Schweizer Bürgerrecht mit 22 Jahren nach den Bestimmungen des alten Rechts bereits verwirkt.

HELPLINE EDA

© Schweiz +41 800 24 7 365
 © Ausland +41 58 465 33 33
 E-Mail: helpline@eda.admin.ch
 Skype: [helpline-eda](https://www.skype.com/name/helpline-eda)

Reisehinweise

www.eda.admin.ch/reisehinweise
 © Schweiz +41 800 24 7 365
 © Ausland +41 58 465 33 33
www.twitter.com/travel_edadfae

itineris

Online-Registrierung für Schweizerinnen und Schweizer auf Auslandsreisen
www.eda.admin.ch/itineris



Plane gut.
Reise gut.

Die kostenlose App für iOS und Android

Ich habe das Schweizer Bürgerrecht verloren. Kann ich mich wiedereinbürgern lassen?

Ja, wer das Schweizer Bürgerrecht verloren hat, kann innert zehn Jahren nach dem Verlust ein Gesuch um Wiedereinbürgerung stellen. Die enge Verbundenheit mit der Schweiz wird dabei vorausgesetzt und die weiteren Voraussetzungen müssen erfüllt sein. Nach Ablauf der erwähnten Frist kann die Wiedereinbürgerung beantragen, wer sich seit drei Jahren in der Schweiz aufhält.

Meine Grossmutter ist bzw. war Schweizerin. Kann ich ein Gesuch um erleichterte Einbürgerung stellen?

Nein. Im Gegensatz zum bisherigen Recht ist dies nicht mehr möglich. Es gibt einen Sonderfall: Das ausländische Kind, das aus der Ehe einer Schweizerin mit einem Ausländer stammt und dessen Mutter vor oder bei seiner Geburt das Schweizer Bürgerrecht besass, kann ein Gesuch stellen, sofern die Mutter das Schweizer Bürgerrecht aufgrund der Eheschliessung mit dem ausländischen Kindsvater und nicht durch Verwirkung verloren hat.

Wie hoch sind die Gebühren für eine erleichterte Einbürgerung oder Wiedereinbürgerung?

Für Entscheide über die erleichterte Einbürgerung oder Wiedereinbürgerung werden bei volljährigen Personen Gebühren in der Höhe von CHF 600.– erhoben. Minderjährige, die nicht in das Einbürgerungsgesuch eines Elternteils einbezogen sind, zahlen CHF 350.–. Diese setzen sich aus Gebühren des Staatssekretariats für

Migration (SEM) und der kantonalen Behörden zusammen. Die schweizerische Vertretung im Ausland erhebt für die erbrachten Dienstleistungen (Beratung, Entgegennahme, Interview, Studium, Bearbeitung der ausländischen Zivilstandsakten und Weiterleitung des Dossiers ans SEM sowie allfällige weitere Abklärungen und Recherchen) zusätzlich ihre eigenen Gebühren nach ihrem effektiven Zeitaufwand (CHF 75.– pro 30 Minuten). Die aus der Mitwirkung Dritter entstehenden Kosten für die Zivilstandsakten werden als Auslagen belastet.

Die Gebühren werden von der zuständigen schweizerischen Vertretung im Ausland erhoben. Sie sind im Voraus und à fonds perdu zu entrichten, d.h. dass unabhängig vom Verfahrensausgang keine Rückerstattung vorgesehen ist. Im Ausland sind die Gebühren in der entsprechenden Landeswährung zu bezahlen. Ratenzahlungen sind nicht möglich.

Weitere Informationen siehe FAQ unter:

www.sem.admin.ch > Einreise & Aufenthalt > Schweizer Bürgerrecht / Einbürgerung > Rechtliche Grundlagen > Fragen zum neuen Recht

Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt. Am 10. Juni 2018 kommen folgende Vorlagen zur Abstimmung:

- Volksinitiative vom 1. Dezember 2015 «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»
- Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS)

Weitere Abstimmungstermine 2018: 23. September, 25. November

Alle Informationen zu den Vorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates, Vote électronique etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen.

Volksinitiativen

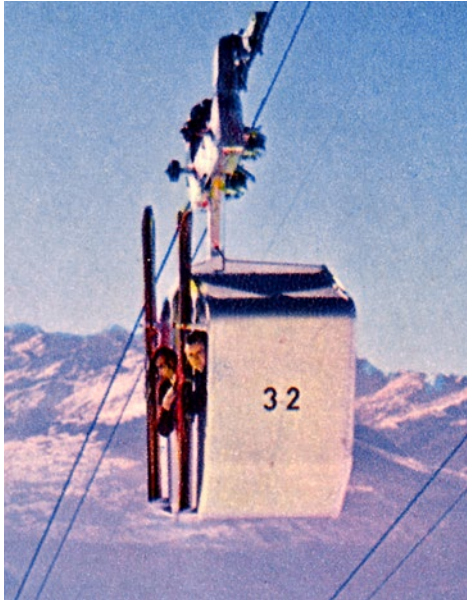
Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» (16.7.2019).

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen.

Verantwortlich für die amtlichen Mitteilungen des EDA:
Simone Flubacher, Auslandschweizerbeziehungen
Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz
Telefon: +41 800 24 7 365 oder +41 58 465 33 33
www.eda.admin.ch, mail: helpline@eda.admin.ch





Im Mai 1950 war die Geburtsstunde eines neuen Seilbahntyps: Die erste Gondelbahn der Schweiz nahm in Crans-sur-Sierre ihren Betrieb auf. Foto Privatarchiv Gentil



Die knallroten Giovanola-Gondeln von Les Diablerets aus den 70er-Jahren waren bis April 2017 in Betrieb. Die Konzession wurde nicht mehr erneuert, aber eine Ersatzbahn ist geplant. Foto Martin Arnold



Die Urdenbahn in Arosa und Lenzerheide ist die schnellste Seilbahn der Schweiz. Die stützenlose Pendelbahn verbindet seit 2014 zwei Skigebiete, ohne neue Skipisten erschliessen zu müssen. Foto Ferienregion Lenzerheide



Diese beiden «Glücksbringer» eröffneten die erste kuppelbare Sesselbahn der Welt am 16. Dezember 1945 in Flims. Foto Privatarhiv Danuser



Eine Weltneuheit mit Baujahr 2012: ein Cabrio am Nidwaldischen Stanserhorn. Foto Photoglob



Für viele Familien und Alpbetriebe in der Innerschweiz sind Kleinseilbahnen ein Lebensnerv – wie etwa die seit 1979 fahrende Bärchibahn bei Isenthal. Foto Heidi Eberli



Auch diese Bahn steht für besondere Innovation: Die weltweit erste Luftseilbahn an drei Seilen schwebt seit 1991 in Saas Fee den Berg hoch. Foto Martin Arnold

Das Land der tausend Seilbahnen

Die Luftseilbahn ist ein urschweizerisches Kulturgut. Sie fasziniert, weckt Träume und Erinnerungen. Sie vereint grosse Leistungen des Ingenieurwesens und unternehmerisches Streben nach Innovation. Gleich drei Häuser widmen sich derzeit mit einer gemeinsamen interaktiven Ausstellungstrilogie der Seilbahn. Unter dem Motto «Luft Seil Bahn Glück» werden unterschiedliche Aspekte im Zusammenhang mit dem aussergewöhnlichen Verkehrsmittel beleuchtet.

«Luft Seil Bahn Glück»: Gelbes Haus Flims, Nidwaldner Museum Stans und Heimatschutzzentrum Zürich. Bis 28. Oktober 2018. www.luftseilbahnglueck.ch

Der Wille des Volkes



CHARLES LEWINSKY:
«DER WILLE DES VOLKES».
Nagel & Kimche, 2017.
Seiten 384,
CHF ca. 27.90.-; Euro 24.-

Kurt Weilemann ist ein pensionierter Journalist der alten Schule, in der genaues Recherchieren und gute Sprache zum Berufsethos gehörten. Die Zeiten haben sich geändert und er ist nicht mehr gefragt. Eines Tages bittet ihn Derendinger, ein ehemaliger Kollege, um ein Treffen. Dabei redet dieser so verworren, dass Weilemann ihn krank wähnt. Aber als Derendinger wenige Stunden danach tot ist, wird Weilemann schnell klar, dass es sich nicht um Selbstmord, die offizielle Auslegung, handeln kann. Seine Neugier ist geweckt und wird von Eliza, einer jungen Freundin des Verstorbenen, noch angestachelt. Er beginnt zu recherchieren und stösst dabei auf eine Wahrheit, die bei Bekanntwerden eine explosive Kraft hätte. Weilemann sieht sich mit dem omnipotenten staatlichen Machtapparat, der die Wahrheit um jeden Preis vertuschen will, konfrontiert und muss sogar um sein Leben fürchten.

Das vorliegende Buch von Charles Lewinsky ist Krimi und Zukunftsroman zugleich. Schauplatz ist Zürich und das politische Parkett der Schweiz. Das Land wird von der populistischen Partei der «Eidgenössischen Demokraten» regiert, deren schwerkranker Präsident, Stefan Wille, im Krankenhaus von Maschinen am Leben gehalten wird. Das Gedankengut von Wille beeinflusst auch weiterhin die Parteizentrale, in der alle Fäden gezogen werden. Kontrolliert wird alles und überall mit Überwachungskameras und elektronischen Geräten. Die Volksmeinung wird subtil und raffiniert durch politische Werbung und die Medien gesteuert. Der daraus resultierende Volkswille rechtfertigt für Partei und Staatsapparat alle Mittel, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Der Autor hat mit dem grantigen, aber scharfsinnigen Sturkopf Weilemann eine Figur geschaffen, die man einfach mögen muss. Die Geschichte hält die Spannung eines Krimis nicht immer, ist aber klug, witzig und kritisch erzählt. Das entworfene Zukunftsbild einer totalitären Schweiz ist beunruhigend und wird hoffentlich nie Realität.

Charles Lewinsky, 1946 geboren, studierte Germanistik und Theaterwissenschaften. Er arbeitete als Regisseur und Redaktor, bevor er sich ab 1980 als freischaffender Autor einen Namen machte. Zahlreiche TV-Shows, darunter die erfolgreichste Sitcom-Reihe «Fascht e Familie» des Schweizer Fernsehens, entsprangen seiner Feder. Hörspiele, Songtexte, Drehbücher und Theaterstücke gehören ebenfalls zu seinem Repertoire. Seine Romane wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt. Lewinsky lebt im Winter in Zürich und im Sommer in Vereux, Frankreich.

RUTH VON GUNTEN

Der sanfte Alpenrevoluzzer



TRAUFFER:
«Schnupf,
Schnaps + Edelwyss»,
Ariola/Sony, 2018.

Es beginnt mit einem Alpaufzug, man hört das Stapfen der Kühe, ein gelegentliches Muhen und vereinzelte Glocken. Dann setzt ein hymnisches Jodeln ein, das keinen Zweifel daran lässt, wo für Trauffer der Himmel ist: hoch oben in den Bergen, in der Bilderbuch-Schweiz. Dort also, wo es Sex, Drugs and Rock'n'Roll nie geschafft haben, «Schnupf, Schnaps + Edelwyss» – so der Titel des neuen Albums des Berner Erfolgsmusikers – zu verdrängen.

Seine Fans werden ihm verzeihen, dass der 39-jährige im Titelsong den Rock als «Schnee vo Geschter» abtut und sich bei mehr als der Hälfte seiner neuen Lieder kräftig bei dessen Klischees bedient: Bei «Dä mit de Chüe»

lässt er zum Stampfgroove die Stromgitarre gegen eine Handorgel anknettern, wie es der österreichische Alpenrocker Hubert von Goisern Ende der Achtzigerjahre erfolgreich tat. Doch damit begnügt sich Trauffer nicht: Noch im gleichen Stück ertönen Blues-Brothers-Bläser, Alphorn und Hackbrett. Und selbstverständlich wird auf dem sechsten Werk des Sängers immer wieder gejodelt.

Dass er nichts aus seinem Leben mache, das muss sich Marc Trauffer, so der volle Name des Brienzers, beileibe nicht vorwerfen lassen. Mit seiner früheren Band Airbäg gelangen ihm ein paar Achtungserfolge, und auf Solopfad stellt er spätestens seit «Alpentainer» Rekorde auf. Das Album war ab 2014 insgesamt drei Jahre in den Schweizer Top-50, und sein Nachfolger «Heiterefahne» von 2016 verharnte sieben Wochen an der Chartspitze. Einzig mit den Singles hat es bei Trauffer bislang noch nicht ganz hingehauen, auch die aktuelle Auskopplung «Geissepeter» schaffte es im vergangenen Dezember nur auf Platz acht.

Neben ohrwurmigem Ländlerrock beheimatet «Schnupf, Schnaps + Edelwyss» ein paar Balladen und eine gute Portion Skihütten-Reggae. Nur Ecken und Kanten sucht man vergebens – auch textlich: Trauffer will sich seine Breitenwirkung in keinem Landesteil verscherzen, weswegen er seine Wurst in «Bier & Cervalat» arg diplomatisch mit einer «Tube Sänf oder au nid» genießt. Überzeugender ist da das Limmerick-Lied «Obsi oder Nizi», in dem er konsequent und durchaus gegluckt auf Peach-Weber-Niveau witzelt. Klar ist: Für Trauffer dürfte der Weg vorerst weiterhin «obsi» gehen.

STEFAN STRITTMATTER

Stress



Stress, 41 Jahre alt, ist für den Schweizer Rap, was Stephan Eicher für den Schweizer Rock ist: gleichermassen bekannt wie unverkennbar. In diesem Jahr bringt er sein siebtes Album heraus. Für den Junggebliebenen, geboren an der baltischen Meeresküste, entspringt die Energie des Hip-Hop im Übrigen dem Rock, nicht dem schwarzen Groove. «Ich bin einfach Rock, ich bin in den Blocks von Estland aufgewachsen. Viel Kriminalität gab es nicht, denn kriminell war der Staat. Wir standen Schlange für Toilettenpapier und Brot und mangels Alkohol tranken die Menschen Kölnischwasser.» Und Lausanne? «Dieser Ort war für mich ein sicherer Hafen», erzählt der Rapper in einer Sendung von *La Première*.

Die Schweiz, das Geld, Stress spricht darüber mit einer so unverfrorenen Ironie, dass das Zuhören Spass macht. Man kritisiert ihn dafür, dass er Werbung für Coca-Cola gemacht hat. Diesen Entschluss verteidigt er und macht sich lustig über ein Land, das Stars nicht mag. «Du hast Platten verkauft? Das ist ein Problem! Du wirbst für Coca-Cola? Das ist ein Problem! «Für mich aber war es, als ich 15 war, das Grösste, eine Cola zu trinken», erklärt er.

Stress, den es mittlerweile nach Zürich verschlagen hat, ist glühender Verfechter einer bunten Schweiz. Das hat er die Welt seinerzeit mit feindseligen Parolen wissen lassen. «In der Deutschschweiz gibt es viel populistische Stimmen», bedauerte er mit einem Seitenhieb gegen manche seiner Rapperfreunde. «Einige machen sogar Jutz! Also jetzt mal ehrlich: Jutz – das geht doch gar nicht! Wir kommen aus der urbanen Musikszene, Vielfalt ist unsere Kultur!» Engagierter Businessman? Das könnte das Oxymoron zur Beschreibung dieses lebhaften Burschen sein.

STÉPHANE HERZOG

Opfer von Zwangsmassnahmen erhalten 25 000 Franken

In diesem Jahr erhalten die ersten Opfer sogenannter fürsorglicher Zwangsmassnahmen ihren Solidaritätsbeitrag. Allen Gesuchstellern wird 25 000 Franken ausbezahlt. Es handelt sich um den vorgesehenen Maximalbetrag. Fürsorgliche Zwangsmassnahmen wurden in der Schweiz bis 1981 angeordnet. Zehntausende von Kindern und Jugendlichen wurden an Bauernhöfe verdingt oder in Heimen platziert, viele wurden misshandelt oder missbraucht. Menschen wurden zwangssterilisiert, für Medikamentenversuche eingesetzt oder ohne Gerichtsurteil weggesperrt, weil ihre Lebensweise nicht den Vorstellungen der Behörden entsprach. Das Parlament hat im Herbst 2016 insgesamt 300 Millionen Franken für Solidaritätsbeiträge bewilligt. Die Höhe des Beitrags machte es von der Zahl der Gesuche abhängig. Da es weniger als 12 000 sein werden, kann an alle Opfer, deren Gesuch gutgeheissen wurde, nun der Maximalbetrag ausbezahlt werden.

Belair Airlines aus der Insolvenz gerettet

Die deutsche Beteiligungsgesellschaft SBC hat die Schweizer Belair Airlines aus der Insolvenz von Air Berlin übernommen. Ende Oktober 2017 hatte die Belair ihren Flugbetrieb eingestellt, und die Liquidation wurde eingeleitet. Belair gehörte zur insolventen Air Berlin. Im Zuge der geplanten Auflösung der Belair war den rund 200 Beschäftigten gekündigt worden. Nun sind sie dazu aufgerufen worden, bei Interesse an ihren ehemaligen Arbeitsplatz zurückzukehren. Der Flugbetrieb soll so bald wie möglich wiederaufgenommen werden.

Die Wildkatzen sind zurück in Genf

Nach der Ausrottung vor über 100 Jahren haben sich im Kanton Genf erstmals wieder Wildkatzen angesiedelt. Mit Fotofallen konnten ein Dutzend Wildkatzen nachgewiesen werden. Die Art sei ein entfernter Verwandter der Hauskatze und in der Schweiz auf der Liste der geschützten Tiere, teilt das Genfer Departement für Umwelt mit. Die letzten Nachweise von Wildkatzen im Kanton Genf gehen auf das Jahr 1887 zurück.

Uralte Autobahnlücke wird geschlossen

Die Schweiz und Österreich sollen erstmals mit einer Autobahn verbunden werden. Seit 54 Jahren, als die Autobahn in der nordöstlichsten Ecke der Schweiz in Betrieb genommen wurde, wird über einen direkten Anschluss an die Schnellstrasse auf österreichischer Seite debattiert. Zugleich verläuft der Grenzverkehr seit Jahrzehnten über Landstrassen und Dörfer. Baubeginn für die Verbindung von St. Margrethen auf Schweizer und Dornbirn auf österreichischer Seite ist frühestens 2021, die Inbetriebnahme soll 2026 erfolgen.



Schweiz.
ganz natürlich.

UPGRADE YOUR WINTER

Zermatt, Wallis, © Silvano Zeiter

Hol dir dein Upgrade unter [MySwitzerland.com/winter](https://www.myswitzerland.com/winter) und teile deine schönsten Erlebnisse mit **#VERLIEBTINDIESCHWEIZ**

 **SWISS**
Your airline to Switzerland

Swiss Travel System.

